WIR MACHEN DIE ZUKUNFT MÖGLICH.

KLIENTEN JAHRESINFO 2022/23

www.rkp.at

Über uns

Immer auf Ihren Erfolg fokussiert.

Jedes Unternehmen ist **individuell**. Gute Steuerberatung bedeutet für uns, diese Einzigartigkeit zu erkennen und einen Weg zu finden, der das Ergebnis unserer Kunden **maximiert**. Daran wollen wir arbeiten – als Ihr Wegbegleiter und Partner.

Unser Denken.

Wir sehen uns als moderne Steuerberatung, die Sie sowohl bei Ihrem **Tagesgeschäft** als auch beim Erreichen **langfristiger Ziele** betreut. Gerade in einem Umfeld mit komplexen steuerlichen und wirtschaftlichen Bedingungen, schaffen wir Ihnen durch diese Stärke einen Wettbewerbsvorteil.

- Wir beraten Sie aktiv.
- Wir verstehen Ihre Anliegen.
- Wir nehmen uns Zeit.
- Wir finden die richtige Lösung.

Unsere Leistungen.

Investieren Sie Ihre kostbare Zeit in das **Kerngeschäft** Ihres Unternehmens und verlassen Sie sich bei steuerlichen Angelegenheiten auf unsere **Kompetenz für Zahlen**.

Unser Angebot.

- Steueroptimierung
- (Digitale) Buchhaltung
- Jahresabschluss
- Personalverrechnung
- Gründungsberatung
- Betriebsnachfolge
- Sanierungsberatung
- Bonitätsberatung
- Qualitätsmanagement
- Business-Software

Der RKP-Tipp: Alles aus einer Hand.

Als RKP Gruppe können wir Ihnen ein einzigartiges **One-Stop-Shop Konzept** aus Steuer- und Unternehmensberatung sowie individuellen Business-Software- und Marketing-Lösungen anbieten.

Vorwort

Liebe Klientinnen und Klienten!

Während die Auswirkungen der Corona-Pandemie weitgehend überwunden werden konnten, belastet der Krieg in der Ukraine die Aussichten in der Wirtschaft. Hohe Energie- und Rohstoffpreise, Lieferkettenprobleme und die damit verbundene allgemeine hohe Inflation stellen viele Unternehmen vor große Herausforderungen.

Die Teuerungs-Entlastungspakete sollen die Kaufkraft stärken, steuerliche Erleichterungen mit sich bringen und die hohen Energiepreise abfedern. Mit der Abschaffung der „kalten Progression" wurde nunmehr einer langjährigen Forderung Rechnung getragen. Dennoch können die wirtschaftlichen Entwicklungen im nächsten Jahr nicht gänzlich abgeschätzt werden und sind mit einer gewissen Unsicherheit verbunden. Umso wichtiger ist es, einen verlässlichen Partner in allen Steuer- und Wirtschaftsfragen an Ihrer Seite zu haben, damit Sie sich voll und ganz Ihrem Unternehmen widmen können. Gemeinsam können wir individuelle und nachhaltige Steuerkonzepte und Lösungen für Sie erarbeiten.

Mit der Klienten-Jahresinfo geben wir Ihnen einen kompakten Überblick über die aktuellen und geplanten Maßnahmen gegen die Teuerung und informieren Sie - wie gewohnt - über sinnvolle Maßnahmen vor Jahresende, um noch rechtzeitig Steuern zu sparen bzw. die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Darüber hinaus haben wir eine interessante Auswahl an steuerlichen Themen für Sie zusammengestellt.

Die Klienten-Jahresinfo soll Ihnen als Ergänzung zu unserer persönlichen und individuellen Beratung dienen. Unsere Steuerexperten stehen Ihnen auch im kommenden Jahr zur Seite und erarbeiten mit Ihnen steueroptimale Lösungen.

Besuchen Sie auch unsere Webseite **www.rkp.at**! Dort finden Sie laufend aktuelle Steuerinfos.

An dieser Stelle möchten wir uns ganz besonders herzlich für das entgegengebrachte Vertrauen bedanken und wünschen Ihnen und Ihren Familien ein schönes und besinnliches Weihnachtsfest sowie Erfolg und Gesundheit für das Jahr 2023!

Ing. Mag.
Johann Riegler

Mag. Franz
Schnur CTE

Hanspeter
Prenner MA

1 Inhaltsverzeichnis

1 Maßnahmen vor Jahresende 2022 5

1.1 Für Unternehmer 5
1.2 Für Arbeitgeber 9
1.3 Für Arbeitnehmer 10
1.4 Für alle Steuerpflichtigen 10

2 Aktuelle Themen – Neues ab 2023 11

2.1 Abschaffung der kalten Progression 11
2.2 Bitcoins werden wie Aktien besteuert 14
2.3 BMF-Info zur Unterstützung von Flüchtlingen aus der Ukraine 16
2.4 Highlights des Abgabenänderungsgesetzes 2022 19
2.5 BMF-Info zur Teuerungsprämie klärt viele Fragen 21
2.6 „Heizkesseltausch" und thermische Sanierung von Gebäuden werden im Rahmen der Ökosozialen Steuerreform 2022 gefördert 22
2.7 „Strompreisbremse" entlastet Haushalte von hohen Energiepreisen 23

3 Fokus Unternehmer 24

3.1 Zuschüsse für energieintensive Unternehmen 24
3.2 BMF-Info zur steuerfreien Mitarbeitergewinnbeteiligung 25
3.3 Arbeitsplatzpauschale für Selbständige 27
3.4 Verrechnungspreisdokumentationsvorschriften in Österreich 28
3.5 Rechnungsmerkmale bei Inlandslieferungen bzw. sonstigen Leistungen im Inland 29

4 Fokus Arbeitnehmer 32

4.1 Mit dem Reparaturbonus Geld sparen 32
4.2 Zeitmanagement im beruflichen Alltag - die „Pomodoro-Technik" 33
4.3 Außergewöhnliche Belastung kann nicht auf zwei Jahre verteilt werden 34

5 Fokus Immobilien 35

5.1 Erhöhung der Kategorie-Mietzinse und der Richtwertmieten 35
5.2 Aktuelle Judikatur zum Nachweis von Teilwertabschreibungen bei Immobilien 36
5.3 Zahlungen in den Reparaturfonds bei Vermietung nicht sofort abzugsfähig 37
5.4 Der Mittelpunkt der Lebensinteressen ist auch für die Hauptwohnsitzbefreiung maßgebend 38

6 Sozialversicherungswerte, Größenklassen und Zinssätze 39

6.1 Sozialversicherungswerte 2023 39
6.2 Größenklassen für Kapitalgesellschaften 40
6.3 Aktueller Basis-, Stundungs-, Aussetzungs-, Anspruchs-, Beschwerde- und Umsatzsteuerzinssatz 40

7 Steuertermine 2023 41

© maylim - Adobe Stock

1 Maßnahmen vor Jahresende 2022

Trotz oder gerade wegen der aktuell turbulenten Zeiten sollte der näher rückende **Jahreswechsel** auch dieses Mal zum Anlass für einen **Steuer-Check** genommen werden. Denn es finden sich regelmäßig Möglichkeiten, durch gezielte Maßnahmen legal **Steuern zu sparen** bzw. die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Zu berücksichtigen ist auch, dass der **Körperschaftsteuersatz** 2023 auf 24 % sinkt und es auch bei der **Einkommensteuer** in der 3. Stufe (von 32.075 € bis 62.080 € unter Berücksichtigung der Abschaffung der kalten Progression für das Jahr 2023) ab Juli 2023 zu einer Senkung auf 40 % (derzeit 42 %) kommt.

1.1 Für Unternehmer

Antrag auf Gruppenbesteuerung stellen

Bei Kapitalgesellschaften kann durch die Bildung einer **Unternehmensgruppe** die Möglichkeit geschaffen werden, **Gewinne und Verluste** der einbezogenen Gesellschaften **auszugleichen**. Voraussetzungen sind die **finanzielle Verbindung** (Kapitalbeteiligung von mehr als 50 % und Mehrheit der Stimmrechte) seit Beginn des Wirtschaftsjahres sowie ein entsprechend beim Finanzamt eingebrachter und sorgsam unterfertigter **Gruppenantrag**. Bei allen Kapitalgesellschaften, die das Kalenderjahr als Wirtschaftsjahr haben (d.h. Bilanzstichtag 31.12.) ist der Gruppenantrag bis spätestens **31.12.2022** einzubringen. Gleiches gilt für die Aufnahme in eine bestehende Steuergruppe (z.B., weil eine neue Beteiligung am 1.1.2022 erworben wurde).

Forschungsförderung – Forschungsprämie

Die Forschungsprämie von **14 %** ist als **Steuergutschrift** konzipiert und wirkt daher sowohl in Gewinn- als auch in Verlustjahren. Überdies sind die Forschungsaufwendungen unabhängig von der Inanspruchnahme der Forschungsprämie steuerlich abzugsfähig. Die für die Prämie **relevanten**

Forschungsaufwendungen können **Personal- und Materialaufwendungen** für F&E-Tätigkeiten, Gemeinkosten, Finanzierungskosten und unmittelbar der Forschung und Entwicklung dienende Investitionen (einschließlich der Anschaffung von Grundstücken) umfassen. Die Forschungsprämie ist für die **Eigenforschung** (diese muss im **Inland** erfolgen) der Höhe nach **nicht gedeckelt**. Für die Geltendmachung der Forschungsprämie ist die Vorlage eines positiven **Gutachtens** der **FFG** (Anforderung über FinanzOnline) erforderlich. Im Gegensatz dazu ist die **Bemessungsgrundlage für Auftragsforschung** – Voraussetzung ist wiederum, dass es sich um einen **inländischen Auftragnehmer** handelt – beim Auftraggeber mit **1.000.000 €** begrenzt. Die Vorlage eines FFG-Gutachtens ist bei der Auftragsforschung nicht erforderlich. Neu ist, dass im Rahmen der Bemessungsgrundlage der eigenbetrieblichen Forschung nunmehr (gilt für Anträge nach dem 30.6.2022) auch ein **fiktiver Unternehmerlohn angesetzt** werden kann. Dieser beträgt **45 € pro** für Forschung und Entwicklung geleisteter **Tätigkeitsstunde**, maximal 77.400 € pro Person.

Gewinnfreibetrag

Der Gewinnfreibetrag steht allen natürlichen Personen unabhängig von der Gewinnermittlungsart zu und beträgt seit 2022 **bis zu 15 % des Gewinnes**. Bis zu einem Gewinn von 30.000 € steht jedem Steuerpflichtigen **ohne Nachweis** ein **Grundfreibetrag** von **15 %** zu; für die Geltendmachung eines höheren Freibetrags sind entsprechende Investitionen erforderlich. **Begünstigte Investitionen** umfassen grundsätzlich **abnutzbare körperliche Anlagen**, **Wohnbauanleihen** bzw. auch andere **Wertpapiere** wie z.B. Bundesanleihen, Bank- und Industrieschuldverschreibungen oder bestimmte Investment- und Immobilienfonds (sofern auch zur Deckung von Pensionsrückstellungen geeignet). Die Nutzungsdauer bzw. **Behaltefrist** beträgt jeweils 4 Jahre. Scheiden dem Betrieb gewidmete Wertpapiere vor dem Ablauf von 4 Jahren aus, so kann eine **Ersatzbeschaffung** durch Realinvestitionen erfolgen bzw. ist bei vorzeitiger Tilgung eine Wertpapierersatzanschaffung binnen 2 Monaten möglich. Bei Inanspruchnahme einer **Betriebsausgabenpauschalierung** steht **nur** der **Grundfreibetrag** zu (dies gilt auch bei der Pauschalierung für Kleinunternehmer - hier wird die Umsatzgrenze ab der Veranlagung 2023 auf 40.000 € erhöht). Der Gewinnfreibetrag **vermindert** auch die GSVG-Bemessungsgrundlage und somit **neben** der **Steuerbelastung auch** die **Sozialversicherungsbelastung**. Der **Gewinnfreibetrag** wird für Gewinne ab von 30.000 € bis 175.000 € auf 13% **reduziert** und beträgt zwischen 175.000 € und 350.000 € 7 %, zwischen 350.000 € und 580.000 € nur mehr 4,5 %, für den darüber hinaus gehenden Teil der Gewinne **entfällt** der **Freibetrag** zur Gänze. Der Freibetrag beträgt daher **maximal 45.950 €**.

Vorgezogene Investitionen (Halbjahresabschreibung) bzw. Zeitpunkt der Vorauszahlung/Vereinnahmung bei E-A-Rechnern

Für Investitionen, die **nach** dem **30.6.2022** getätigt werden, kann unabhängig vom Anschaffungszeitpunkt in der zweiten Jahreshälfte die halbe Jahres-AfA abgesetzt werden. Das **Vorziehen von Investitionen** spätestens in den Dezember 2022 kann daher Steuervorteile bringen. **Geringwertige Wirtschaftsgüter** (max. **800 €**) können sofort **zur Gänze** abgesetzt werden. E-A-Rechner können grundsätzlich durch die Ausnutzung des Zufluss-, Abflussprinzips eine **temporäre Verlagerung** der Steuerpflicht erzielen. Für **Investitionen seit 1.7.2020** kann alternativ zur linearen AfA eine **degressive AfA** in Höhe von **30 %** geltend gemacht werden. Dieser Prozentsatz ist auf den jeweiligen Buchwert (Restbuchwert) anzuwenden. Ausgeschlossen von dieser i.d.R. **beschleunigten Abschrei-**

bung sind allerdings Investitionen in Gebäude, KFZ, Firmenwerte, immaterielle oder gebrauchte Wirtschaftsgüter sowie Anlagen mit Bezug zu fossilen Energieträgern.

Ab 2023 wird die Grenze für Geringwertige Wirtschaftsgüter auf 1.000 € angehoben und ein neuer Investitionsfreibetrag von 10 % bzw. für **ökologische Investitionen** sogar 15 % eingeführt. Unter Umständen kann es daher sogar sinnvoll sein, derartige Investitionen erst im Jahr 2023 zu tätigen.

Für in § 19 Abs. 3 EStG angeführte Ausgaben (z.B. Beratungs-, Miet-, Vertriebs-, Verwaltungs-, Zinskosten etc.) ist allerdings lediglich eine **einjährige Vorauszahlung** steuerlich abzugsfähig! Regelmäßig wiederkehrende Einnahmen oder Ausgaben, die zum Jahresende fällig werden, sind jenem Kalenderjahr zuzurechnen, zu dem sie **wirtschaftlich** gehören, wenn sie innerhalb von 15 Tagen vor oder nach dem 31.12. bewirkt werden. So genannte **„stehen gelassene Forderungen"**, welche nur auf Wunsch des Gläubigers später gezahlt werden, gelten allerdings als bereits (im alten Jahr) zugeflossen.

Beschleunigte Abschreibung bei Gebäuden

Für Gebäude, die **nach dem 30.6.2020 angeschafft** oder hergestellt worden sind, gilt eine **beschleunigte AfA**. Im ersten Jahr beträgt die AfA von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten das **Dreifache** des „normalerweise" anzuwendenden Prozentsatzes (7,5 % im betrieblichen Bereich bzw. 4,5 % im außerbetrieblichen Bereich), im darauffolgenden Jahr das **Zweifache** (5 % bzw. 3 %). Ab dem zweitfolgenden Jahr beträgt die Bemessung der AfA 2,5 % im betrieblichen Bereich bzw. 1,5 % bei der Vermietung und Verpachtung.

Ersatzbeschaffungen bei Veräußerungsgewinnen von Anlagen

Natürliche Personen können die Versteuerung von **Veräußerungsgewinnen** für mindestens sieben Jahre im **Anlagevermögen** gehaltene Wirtschaftsgüter durch (eingeschränkte) Übertragung auf die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten von **Neuinvestitionen** einer **sofortigen Besteuerung entziehen** (Steuerstundungseffekt).

Beachtung der Umsatzgrenze für Kleinunternehmer

Diese Umsatzsteuerbefreiung (ohne Vorsteuerabzug) ist nur bei einem **Jahresnettoumsatz** von bis zu **35.000 €** möglich. Seit 1.1.2017 müssen für die Kleinunternehmergrenze **bestimmte steuerfreie Umsätze** (z.B. aus ärztlicher Tätigkeit oder als Aufsichtsrat) **nicht mehr berücksichtigt** werden. Maßgebend für die Kleinunternehmerbefreiung ist, dass das Unternehmen im Inland betrieben wird. Unternehmer, die Gefahr laufen, diese Grenze im Jahr 2022 zu überschreiten, sollten – sofern möglich – den **Abschluss der Leistungserbringung** auf 2023 **verschieben**. Ein Verschieben lediglich des Zahlungseingangs ist nicht ausreichend für die Einhaltung der Kleinunternehmergrenze.

GSVG-Befreiung

Kleinstunternehmer (Jahresumsatz unter 35.000 €, Einkünfte unter 5.830,20 €) können eine GSVG-Befreiung für 2022 bis **31. Dezember 2022** beantragen. Berechtigt sind **Jungunternehmer** (max. 12 Monate GSVG-Pflicht in den letzten 5 Jahren), Personen ab 60 Jahren (Regelpensionsalter) bzw. Perso-

nen über 57 Jahre, wenn die genannten Grenzen in den **letzten 5 Jahren** nicht überschritten wurden. Die Befreiung kann auch **während** des Bezugs von **Kinderbetreuungsgeld** oder bei Bestehen einer Teilversicherung während der Kindererziehung beantragt werden. Diesbezüglich gilt eine **monatliche Grenze** von 485,85 € bzw. ein monatlicher Umsatz von 2.916,67 € (jeweils im Durchschnitt).

Vorauszahlung von GSVG-Beiträgen

Bei **Einnahmen-Ausgaben-Rechnern** wird eine **Vorauszahlung von GSVG-Beiträgen** dann anerkannt, wenn diese in ihrer Höhe der voraussichtlichen Nachzahlung für das betreffende Jahr entspricht. Rechnen Sie mit einer Nachzahlung, können Sie durch Leistung einer **freiwilligen Vorauszahlung** den Gewinn reduzieren bzw. glätten und damit eventuell nachteilige **Progressionssprünge vermeiden**.

Netzkarten für Selbständige

Seit 2022 können **Selbständige** (nicht auf andere übertragbare) **Netzkarten für den öffentlichen Verkehr** im Ausmaß von 50 % der Ausgaben **pauschal** als **Betriebsausgaben** absetzen, sofern diese auch für betriebliche Fahrten verwendet werden.

Aufbewahrungspflichten

Mit **31.12.22** endet grundsätzlich die **7-jährige Aufbewahrungspflicht** für Geschäftsunterlagen des Jahres **2015**. Weiterhin aufzubewahren sind Unterlagen, welche für ein anhängiges Abgaben- oder sonstiges behördliches/gerichtliches Verfahren von Bedeutung sind. Unterlagen für Grundstücke bei **Vorsteuerrückverrechnung** sind **12 Jahre** lang aufzubewahren. Dienen Grundstücke nicht ausschließlich unternehmerischen Zwecken und wurde beim nichtunternehmerischen Teil ein Vorsteuerabzug in Anspruch genommen, verlängert sich die Aufbewahrungspflicht unter gewissen Voraussetzungen auf **22 Jahre**. Die Aufbewahrungspflicht für Unterlagen i.Z.m. **Grundstücken** beträgt auch **22 Jahre**, wenn mit der Vermietung zu Wohnzwecken bzw. unternehmerischen Nutzung ab **01.04.2012** begonnen wurde. Keinesfalls sollten Unterlagen vernichtet werden, die zur **Beweisführung** z.B. bei Produkthaftung, Eigentums-, Bestands- und Arbeitsvertragsrecht dienen.

Abzugsfähigkeit von Spenden

Spenden aus dem Betriebsvermögen an bestimmte **Forschungseinrichtungen** und der Erwachsenenbildung dienende Lehreinrichtungen wie auch Universitäten können bis zu einem **Maximalbetrag** von **10 %** des Gewinnes Betriebsausgabe sein. Zusätzlich und betragsmäßig **unbegrenzt** können auch Geld- und Sachspenden, die mit der Hilfestellung bei Katastrophenfällen zusammenhängen (z.B. **Spenden für** die Menschen in der **Ukraine**), geltend gemacht werden, sofern sie der **Werbung** dienen. Auch **Spenden für mildtätige Zwecke, Tierschutz und an freiwillige Feuerwehren** sind als Betriebsausgabe absetzbar. Wesentlich ist mitunter, dass die Spenden empfangende Organisation bzw. der Spendensammelverein in der **BMF-Liste** aufscheint und dass die Spende im Jahr 2022 geleistet wurde. Eine **doppelte Berücksichtigung** einer bestimmten Spende als Betriebsausgabe und als Sonderausgabe ist **nicht möglich**. Zu beachten ist auch, dass **betriebliche und private Spenden** zusammen das **Maximum** von **10 %** des Gesamtbetrags der Einkünfte nicht überschreiten dürfen.

Wertpapierdeckung bei Pensionsrückstellungen

Zur Vermeidung von steuerlichen **Strafzuschlägen müssen zum Ende des Wirtschaftsjahres Wertpapiere** im Nennbetrag von **mindestens 50 %** des am Schluss des vorangegangenen Wirtschaftsjahres ausgewiesenen steuerlichen Pensionsrückstellungsbetrages im **Betriebsvermögen** vorhanden sein. Es sollte daher das Vorhandensein einer **entsprechenden Bedeckung** noch vor Jahresende überprüft werden.

Energieabgabenrückvergütung

Die Antragstellung für das **Kalenderjahr 2017** hat bis spätestens 31.12.2022 zu erfolgen.

1.2 Für Arbeitgeber

Lohnsteuer- und beitragsfreie Zuwendungen an Dienstnehmer (pro Dienstnehmer p.a.)

- Betriebsveranstaltungen (z.B. **Weihnachtsfeier**) 365 €;
- Sachzuwendungen (z.B. Weihnachtsgeschenk) 186 €;
- **Klimaticket**: Seit 1.7.2022 ist die gänzliche oder teilweise Übernahme von Wochen-, Monats- oder Jahreskarten für öffentliche Verkehrsmittel steuerfrei möglich. Dazu zählt auch das **Klimaticket**;
- Freiwillige soziale Zuwendungen an den Betriebsratsfonds sowie zur Beseitigung von Katastrophenschäden;
- **Kostenlose** oder **verbilligte Benützung von Einrichtungen und Anlagen**, die der Arbeitgeber allen oder bestimmten Gruppen von Arbeitnehmern zur Verfügung stellt (z.B. Kindergärten, Sportanlagen oder Betriebsbibliotheken, **nicht** aber ein vergünstigtes Fitnesscenter oder Garagenabstellplätze);
- **Zukunftssicherung** (z.B. Er- und Ablebensversicherungen, Krankenversicherungen, Anteile an Pensionsinvestmentfonds oder Pensionskassenbeiträge) bis 300 €;
- Freie oder **verbilligte Mahlzeiten und Getränke am Arbeitsplatz** von bis zu 8 € pro Arbeitstag;
- Zuschuss für **Kinderbetreuungskosten** 1.000 € (pro Kind);
- **Mitarbeiterrabatte** auf Produkte des Unternehmens, die nicht höher als 20 % sind, führen zu keinem Sachbezug. Diese 20 % sind eine **Freigrenze**, d.h. wird ein höherer Rabatt gewährt, liegt prinzipiell ein Vorteil aus dem Dienstverhältnis vor, von dem im gesamten Kalenderjahr nur 1.000 € (**Freibetrag**) steuerfrei sind;
- **Mitarbeiterbeteiligung:** für den Vorteil aus der unentgeltlichen oder verbilligten Abgabe von **Unternehmensanteilen** an Mitarbeiter besteht ein **jährlicher Freibetrag** pro Mitarbeiter i.H.v. **3.000 €**. Seit dem 1.1.2018 gibt es auch die Möglichkeit der unentgeltlichen oder verbilligten Abgabe von Aktien bis zu einem Wert von **4.500 € pro Jahr** in steuer- und sozialversicherungsbefreiter Form. Voraussetzung ist, dass eine **Mitarbeiterbeteiligungsstiftung** die Aktien bis zum Ende des Dienstverhältnisses treuhändig verwaltet;
- **Mitarbeitergewinnbeteiligung:** Eine Gewinnbeteiligung von bis zu 3.000 € im Kalenderjahr kann steuerfrei (nicht aber sozialversicherungsfrei) ausbezahlt werden;
- **Steuerfreie Teuerungsprämie:** im Ausmaß von **bis zu 3.000 €** kann in den Jahren 2022 und 2023 eine **Teuerungsprämie** ausbezahlt werden, für die keine Lohnsteuer, Sozialversicherungsbeiträge oder Dienstgeberabgaben anfallen. Auf die Grenze von 3.000 € sind Zahlungen aus der zuvor ge-

nannten Mitarbeitergewinnbeteiligung anzurechnen, so dass hier eine gewisse Konkurrenz besteht. Eine im Jahr 2022 bereits gewährte **Gewinnbeteiligung** kann rückwirkend als **Teuerungsprämie behandelt** werden.

1.3 Für Arbeitnehmer

Werbungskosten noch vor Jahresende bezahlen

Ausgaben, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der nichtselbständigen Tätigkeit stehen, müssen noch **vor** dem **31.12.22** entrichtet werden, damit sie 2022 von der Steuer abgesetzt werden können. Oftmals handelt es sich dabei um **berufsbedingte Aus-, Fortbildungs- und Umschulungskosten**. Werbungskosten sind entsprechend nachzuweisen (Rechnungen, Quittungen, Fahrtenbuch) und nur zu berücksichtigen, sofern sie insgesamt **132 €** (**Werbungskostenpauschale**) übersteigen. Überdies können die Kosten für die **Anschaffung ergonomisch geeigneten Mobiliars fürs Home-Office** (z.B. Schreibtisch, Drehstuhl, Beleuchtung) von **bis** zu **300 €** als zusätzliche Werbungskosten geltend gemacht werden. Auch ohne Nachweis der Kosten können **pauschal 3 € pro Home-Office-Tag** (für maximal 100 Tage) als **Werbungskosten** abgesetzt werden.

Arbeitnehmerveranlagung 2017 bzw. Antrag auf Rückzahlung von zu Unrecht einbehaltener Lohnsteuer

Neben der Pflichtveranlagung (z.B. nicht-lohnsteuerpflichtige Einkünfte von mehr als 730 € p.a.) gibt es auch die Antragsveranlagung, aus der ein Steuerguthaben zu erwarten ist. Dieser Antrag ist **innerhalb von 5 Jahren** zu stellen. Für das **Jahr 2017** läuft die Frist am 31.12.2022 ab. Dabei können Werbungskosten, Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen etc. geltend gemacht werden, die im Rahmen des **Freibetragsbescheids** noch nicht berücksichtigt wurden. Weitere gute Gründe für eine Arbeitnehmerveranlagung sind z.B. zu Unrecht einbehaltene Lohnsteuer, der Anspruch auf **Negativsteuer** bei geringen Bezügen, die Nichtberücksichtigung des Pendlerpauschales oder der **unterjährige Wechsel** des Arbeitgebers bzw. **nichtganzjährige Beschäftigung**.

Rückerstattung von Kranken- und Pensionsversicherungsbeiträgen bei Mehrfachversicherung

Wurden im Jahr 2019 aufgrund einer **Mehrfachversicherung** über die Höchstbeitragsgrundlage hinaus Beiträge entrichtet, ist ein **Antrag auf Rückzahlung der Krankenversicherungs- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge** bis 31.12.22 möglich. Für Pensionsbeiträge ist die Rückerstattung an keine besondere Frist gebunden. Rückerstattete Beiträge sind im Jahr der Rücküberweisung grundsätzlich **einkommensteuerpflichtig**.

1.4 Für alle Steuerpflichtigen

(Topf-)Sonderausgaben

Seit der Veranlagung 2021 sind die ohnehin in den letzten Jahren stark eingeschränkten sogenannten **Topfsonderausgaben** (Versicherungsverträge, Darlehenskosten für Sanierungsmaßnahmen usw.) leider **nicht mehr abzugsfähig**.

Sonderausgaben ohne Höchstbetrag und Kirchenbeitrag

Folgende Sonderausgaben sind **ohne Höchstbetrag unbeschränkt abzugsfähig**: Nachkauf von Pensionsversicherungszeiten, Beiträge zur **freiwilligen Weiterversicherung** in der Pensionsversicherung, bestimmte Renten und dauernde Lasten sowie **Steuerberatungskosten** (wenn nicht bereits Betriebsausgaben/Werbungskosten). Pauschalierte Steuerpflichtige können **Steuerberatungskosten** jedenfalls als Sonderausgaben absetzen. **Kirchenbeiträge** sind bis zu 400 € absetzbar und werden über die Meldung an das Finanzamt **automatisch** berücksichtigt.

Spenden als Sonderausgaben

An bestimmte Organisationen (**Forschungseinrichtungen, öffentliche Museen** etc.) können Spenden i.H.v. **max. 10 % des Einkommens** geltend gemacht werden. Wurden bereits im betrieblichen Bereich diesbezüglich Spenden als Betriebsausgaben abgesetzt, so verringert sich das Maximum bei den Sonderausgaben. Ebenso können durch private (Geld-)**Spenden an mildtätige Organisationen**, **Tierschutzvereine** und Tierheime (BMF-Liste) sowie an **freiwillige Feuerwehren** Steuern gespart werden. Die **Obergrenze** (aus betrieblichen und privaten Spenden) liegt bei **10 % des Gesamtbetrags der Einkünfte**.

Zukunftsvorsorge – Bausparen – Prämienbegünstigte Pensionsvorsorge

Die 2022 geförderte **private Zukunftsvorsorge** im prämienbegünstigten Ausmaß von **3.123,04 €** p.a. führt zur **staatlichen Prämie** von **4,25 % (132,73 €)**. Beim **Bausparen** gilt für 2022 eine **staatliche Prämie** von **18 €** beim maximal geförderten Einzahlungsbetrag von 1.200 € (sofern der Bausparvertrag das gesamte Jahr aufrecht war).

2 Aktuelle Themen – Neues ab 2023

© Andrey Popov - Adobe Stock

2.1 Abschaffung der kalten Progression

Mit dem **Teuerungs-Entlastungspaket II** wurde die sogenannte „**kalte Progression**" abgeschafft. Bislang lag der Einkommensbesteuerung nur der zahlenmäßige, **nicht** aber der **tatsächliche Geldwert** zugrunde, obwohl bei Preissteigerungen ein nomineller Einkommenszuwachs nicht dem realen Einkommenszuwachs entspricht. Der Effekt der kalten Progression hat sich im Rahmen des **progressiven Einkommensteuertarifs** auch darin gezeigt, dass die Eckwerte des progressiven Steuertarifs bislang **nicht** an die **Preissteigerungsrate** angepasst worden waren. Anders ausgedrückt ist unter der **kalten Progression** jener **negative Effekt** zu verstehen, der bisher mit jeder Lohn- und **Gehaltserhöhung** bzw. bei einem höheren zu versteuernden Einkommen bei selbständigen Einkünften eingetreten ist. Durch den **progressiven Einkom-**

mensteuertarif steigt die **durchschnittliche Steuerbelastung**, weil für einen immer höheren Anteil des Einkommens **höhere Steuersätze** zu bezahlen sind. Schließlich kommt es durch die höhere Besteuerung der Gehaltserhöhung zu einem **Kaufkraftverlust**, solange die Teuerung nicht mit einer Einkommenssteigerung in Höhe der Inflation ausgeglichen wird.

Umfang und Methodik der Inflationsanpassung sind in einem eigenen Paragraphen **(§ 33a EStG)** geregelt. Die für die Inflationsanpassung maßgebende **Inflationsrate** basiert auf den von Statistik Austria veröffentlichten Jahresinflationsraten des **Verbraucherpreisindex** (VPI) – sie beziehen sich auf die Kalendermonate Juli des vorangegangenen Kalenderjahres bis Mai des laufenden Kalenderjahres inklusive vorläufiger Werte für Juni des laufenden Kalenderjahres. Wichtig dabei ist, dass nur eine positive Inflationsrate maßgebend ist; **Deflation** (negativer Wert) löst **keine Anpassung** aus.

Die **Inflationsanpassung** ist für jedes **Kalenderjahr** in zwei sich ergänzenden Maßnahmen ausgestaltet – einerseits in Form der **automatischen Tarifanpassung** und andererseits in Form einer **zusätzlichen Abgeltung**. Die **automatische Tarifanpassung** umfasst **2/3** der ermittelten **Inflationsrate**. Die **zusätzliche Abgeltung** (der Inflation) erfolgt **individuell** basierend auf wirtschaftswissenschaftlich fundierten Grundlagen – in Form eines (zusätzlichen) Akts des Gesetzgebers. Hierbei sind etwa **Maßnahmen** zur **Senkung der Abgabenquote**, Maßnahmen im Bereich der Sozialversicherung, die Förderung der Mobilität von Erwerbstätigen mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder die Erleichterung von Erwerbstätigkeit sozial benachteiligter Personengruppen mitzuberücksichtigen.

Für das Jahr **2023** ist eine **IHS/WIFO-Studie** maßgebend für die auszugleichende Inflation von 5,2 % (Durchschnitt der jährlichen Inflationsrate von Juli 2021 bis Juni 2022). Im Sinne der Bekämpfung der kalten Progression ändern sich folgende **(Grenz-)Beträge**, wodurch es zu steuerlichen Erleichterungen kommt.

Anpassung der Grenzbeträge des Einkommensteuertarifs

Aktuell	2023	Grenzbetrag
Bis 11.000 €	Bis 11.693 €	0 %
Über 11.000 bis 18.000 €	Über 11.693 bis 19.134 €	20 %
Über 18.000 bis 31.000 €	Über 19.134 bis 32.075 €	30 %
Über 31.000 bis 60.000 €	Über 32.075 bis 62.080 €	41 %
Über 60.000 bis 90.000 €	Über 62.080 bis 93.120 €	48 %
Über 90.000 €	Über 93.120 €	50 %

Alleinverdiener- und Alleinerzieherabsetzbetrag

	Aktuell	2023
Ein Kind	494 €	520 €
Zwei Kinder	669 €	704 €
Drei Kinder	220 € (Zuschlag)	232 € (Zuschlag)
Einkommensgrenze Partner jährlich	6.000 €	6.312 €

Unterhaltsabsetzbetrag

	Aktuell	2023
Für das erste Kind	29,20 €	31 €
Für das zweite Kind	43,80 €	47 €
Für das dritte und jedes weitere Kind	58,40 €	62 €

Verkehrsabsetzbetrag

Aktuell	2023
400 €	421 €
690 € (erhöht)	726 € (erhöht)
660 € (Zuschlag)	684 € (Zuschlag)
Einschleifgrenzen	
12.200 €	12.835 €
13.000 €	13.676 €
16.000 €	16.832 €
24.500 €	25.774 €

Pensionistenabsetzbetrag

Aktuell	2023
825 €	868 €
1.214 € (erhöht)	1.278 € (erhöht)
Einkommensgrenze erhöhter Pensionistenabsetzbetrag	
2.200 €	2.315 €
Einschleifgrenzen	
19.930 €	20.967 €
26.500 €	26.826 €
17.500 €	18.410 €
25.500 €	26.826 €

SV-Rückerstattung

	Aktuell	2023
SV-Rückerstattung (Arbeitnehmer)	400 €	421 €
SV-Rückerstattung (Arbeitnehmer inkl. Pendlerzuschlag)	500 €	526 €
Zuzüglich SV-Bonus (Arbeitnehmer, wenn Zuschlag zum Verkehrsabsetzbetrag zusteht)	650 €	684 €
SV-Rückerstattung (Pensionisten)	550 €	579 €

Weitere Maßnahmen im Rahmen des Teuerungs-Entlastungspaket Teil II tragen auch zur stärkeren Ökologisierung des Steuerrechts bei. So sind beispielsweise **Zuschüsse des Arbeitgebers** bis 200 € pro Jahr für die **Nutzung CO2-emissionsfreier Fahrzeuge** von der **Steuer befreit**, wenn diese im Rahmen von Car-Sharing-Plattformen genutzt werden (z.B. Autos, Motorräder, E-Bikes und E-Scooter). Im Bereich der **Land- und Forstwirtschaft** werden die für die Pauschalierung vorgesehenen **Einheitswert- und Umsatzgrenzen angehoben**. Künftig kommt demnach eine pauschalierte Gewinnermittlung bei einem **Einheitswert** von **bis** zu **165.000 €** sowie bei **Umsätzen** von **bis** zu **600.000 €** (Anhebung der Umsatzgrenze für nichtbuchführungspflichtige Unternehmer hinsichtlich der Anwendung der land- und forstwirtschaftlichen Pauschalierung) zur Anwendung. Schließlich wird auch der **Dienstgeberbeitrag** ab 2023 von 3,9 % auf 3,7 % **gesenkt**.

Teil III des Teuerungs-Entlastungspakets trägt schließlich zur **Stärkung der Kaufkraft** bei, indem die **Sozialleistungen** jährlich ab 2023 **valorisiert** werden. Folgende Leistungen werden demnach an die Inflation angepasst:

- Kranken-, Rehabilitations- und Wiedereingliederungsgeld;
- Umschulungsgeld;
- Studienbeihilfe und Schülerbeihilfe;
- Kinderbetreuungsgeld und Familienzeitbonus;
- Familienbeihilfe, Schulstartgeld, Mehrkindzuschlag und Kinderabsetzbetrag.

2.2 Bitcoins werden wie Aktien besteuert

Im Zuge der **Ökosozialen Steuerreform** sind seit 1. März 2022 auch neue gesetzliche Regelungen zur **Besteuerung von Kryptowährungen** wie Bitcoins oder Litecoins in Kraft getreten. **Erträge und Gewinne** aus solchen Kryptowährungen gelten nunmehr als **Einkommen aus Kapitalvermögen** und unterliegen wie Aktien dem besonderen **Steuersatz** von **27,5 %**. Die zuvor gültige Steuerfreiheit nach 1 Jahr Behaltedauer ist für sogenanntes **Neuvermögen** komplett entfallen. Die wichtigsten Aspekte dieses „steuerlichen Paradigmenwechsels" im Bereich der Kryptowährungen sind nachfolgend überblicksmäßig dargestellt.

Altbestand vs. Neuvermögen

Die neuen Bestimmungen sind auf Kryptowährungen anzuwenden, die **nach dem 28. Februar 2021** angeschafft werden („**Neuvermögen**"). Anschaffungen bis zu diesem Zeitpunkt können wie bisher nach 1 Jahr Haltedauer **steuerfrei** realisiert werden. Innerhalb der Jahresfrist kommt der **Tarifsteuersatz** zur Anwendung. Wurden Kryptowährungen nach dem 31. Dezember 2021 und vor dem 1. März 2022 steuerpflichtig realisiert, können die daraus resultierenden Gewinne oder Verluste **freiwillig** unter Anwendung der **Neuregelung** besteuert werden.

Erfasste Kryptowährungen

Der Begriff umfasst **öffentlich angebotene Kryptowährungen**, die eine Akzeptanz als **Tauschmittel** genießen. Dies trifft auch auf sogenannte „**Stablecoins**" zu, die an einen „stabilen" Reservewert wie **$** oder **Gold** gekoppelt sind. Nicht erfasst – mangels Eigenschaft als Tauschmittel – sind sogenannte **„Non-Fungible Token" (NFT)** und „Asset-Token", denen reale Werte zugrunde liegen (z.B. Wertpapiere, Immobilien). Die Besteuerung dieser Produkte richtet sich je nach Ausgestaltung nach den allgemeinen ertragsteuerlichen Bestimmungen.

Steuerpflichtige Einkünfte aus Kryptowährungen

Wie bei Aktien werden auch bei Kryptowährungen nunmehr sowohl **laufende Einkünfte** als auch **realisierte Kursgewinne** mit **27,5 % besteuert**. Zu den **laufenden Einkünften** zählen:

Zinserträge aus „Lending", dem Verleihen von Kryptowährungen;

- Erträge für die Bereitstellung von Kryptowährungen für Liquiditäts- bzw. Kreditpools auf dezentralen Tauschbörsen („**Liquidity Mining**");
- Der Erwerb von Kryptowährungen als Entgelt für die Zurverfügungstellung von Rechenleistung bei der Transaktionsverarbeitung („**Mining**").

Diese Erträge sind im **Zuflusszeitpunkt** mit dem **Wert der Gegenleistung** bzw. der bezogenen Kryptowährung zu besteuern. Dieser Wert stellt künftig auch die Anschaffungskosten von den erhaltenen Kryptowährungen dar.

In folgenden Fällen liegen hingegen **keine laufenden Einkünfte** vor; eine **Besteuerung** erfolgt erst im Rahmen der **Veräußerung** oder des Tausches:

» Der Erhalt einer Gegenleistung, wenn Krypto-Besitzer ihre Coins dafür einsetzen, neue Blöcke zur dazugehörigen Blockchain hinzuzufügen (**Staking**);

» wenn Kryptowährungen unentgeltlich (**Airdrops**) oder für lediglich unwesentliche sonstige Leistungen wie z.B. der Teilnahme an Marketingkampagnen (**Bounties**) übertragen werden;

» wenn Kryptowährungen im Rahmen einer Abspaltung von der ursprünglichen Blockchain zugehen (**Hardfork**).

Die **erhaltenen Kryptowährungen** sind mit **Anschaffungskosten von Null** anzusetzen, wodurch im Zeitpunkt der Realisierung der **gesamte Ertrag** zu versteuern ist.

Gewinne aus Kryptowährungen sind im **Zeitpunkt der Realisierung** zu versteuern:

» bei der **Veräußerung gegen €** oder dem Tausch gegen gesetzlich anerkannte Fremdwährungen wie z.B. $;
» beim Tausch gegen andere Wirtschaftsgüter und Leistungen wie z.B. beim Kauf eines Autos, das in Kryptowährung bezahlt wird.

Der **Tausch einer Kryptowährung in eine andere Kryptowährung** stellt ke**ine steuerpflichtige Realisierung** dar.

Der **Veräußerungsgewinn** ist der Unterschiedsbetrag zwischen dem **Veräußerungserlös** bzw. Wert im Zeitpunkt des Tausches und den **Anschaffungskosten**. Anschaffungsnebenkosten wie z.B. Beratungskosten oder Transaktionsgebühren vermindern den Gewinn. Gewinne und Verluste aus Kryptowährungen können mit Gewinnen und Verlusten aus anderen Kapitalanlagen und Wertpapieren (wie z.B. aus Aktien oder Investmentfonds) **verrechnet** werden.

Kryptowährung im Betriebsvermögen

Der **Sondersteuersatz** von 27,5 % kommt **auch im Betriebsvermögen** zur Anwendung, sofern die Erzielung von Einkünften aus Kryptowährungen nicht den Schwerpunkt der betrieblichen Tätigkeit darstellt.

Berücksichtigung in der Steuererklärung und KESt-Abzug

Die Einkünfte aus Kryptowährungen sind als **Kapitaleinkünfte** in die Steuererklärung aufzunehmen. Bei der Ermittlung der Kapitaleinkünfte sollte allerdings im Detail überprüft werden, ob eine **Verrechnung von Gewinnen und Verlusten** aus unterschiedlichen Quellen und Depotstellen **möglich** ist.

Ab 2024 sind **österreichische Broker** bzw. Plattformen **verpflichtet**, die **KESt** auf Kryptowährungen **automatisch** zu ermitteln und **einzubehalten**. Diese gelten dann als „**endbesteuert**" und müssen nicht mehr in die Steuererklärung aufgenommen werden; analog zum KESt-Abzug auf Zinsen und Wertpapiere bei österreichischen Banken. Allerdings sollte auch in diesem Fall überprüft werden, ob eine **Verrechnung mit anderen Gewinnen und Verlusten** steuerlich **günstiger** ist.

2.3 BMF-Info zur Unterstützung von Flüchtlingen aus der Ukraine

Seit Beginn des Krieges in der Ukraine zeigt sich die österreichische Bevölkerung sehr hilfsbereit und unterstützt die Menschen in der Ukraine wie auch die nach Österreich Geflüchteten durch vielfältige Maßnahmen. Das **BMF** hat (BMF-Info GZ 2022-0.335.782 vom 6.5.2022) eine **Information** veröffentlicht, die zu **steuerlichen Konsequenzen diverser Hilfsmaßnahmen** überblicksmäßig Auskunft gibt.

Direkte Spenden von Unternehmen

Hilfeleistungen **in Geld- oder in Sachwerten** können als **Betriebsausgabe** abgesetzt werden, wenn sie im Zusammenhang mit **akuten Katastrophenfällen im In- oder Ausland** getätigt werden und für das spendende Unternehmen eine Werbewirksamkeit mit sich bringen. Kriege und Flüchtlingsströme erfüllen das Kriterium des **akuten Katastrophenfalls** (darüber hinaus sind auch Hilfen bei **Naturkatastrophen** oder technischen Katastrophen steuerlich abzugsfähig). An das Vorliegen der **Werbewirksamkeit** stellt die Finanzverwaltung **keine** besonders **hohen Anforderungen**; als Nachweis kommt u.a. eine **mediale Berichterstattung** darüber, Aussendungen an Kunden oder Hinweise auf die Spende auf der Webseite des Unternehmens in Frage. Eine betragsmäßige **Begrenzung** der steuerlichen Abzugsfähigkeit **gibt es nicht**. Die Empfänger der Spende müssen direkt von der Katastrophe betroffen sein oder im Zusammenhang mit dieser Hilfe leisten.

Spenden an begünstigte Organisationen

Derartige Spenden sind bei **Unternehmen als Betriebsausgabe** bis zur Höhe von **10 %** ihres (Vorjahres-)Gewinns und bei **Privatpersonen** als **Sonderausgabe** bis zur Höhe von **10 % des Gesamtbetrags der Einkünfte** abzugsfähig. In Bezug auf den Krieg in der Ukraine kommt als begünstigter Zwecke beispielsweise die internationale Katastrophenhilfe in Betracht. Grundsätzlich gelten alle Empfänger als begünstigt, die zum Zeitpunkt der Spende über einen **gültigen Spendenbegünstigungsbescheid** verfügen und in der **Liste der begünstigten Einrichtungen** auf der Webseite des Finanzministeriums aufscheinen (https://service.bmf.gv.at/service/allg/spenden/_start.asp). Eine **Werbewirksamkeit** der Zuwendung ist bei dieser Form der Spende **nicht erforderlich**. Schließlich unterliegen Spenden von Privatpersonen an begünstigte Einrichtungen der **elektronischen Datenübermittlung**, wodurch sie nach (einmaliger) Bekanntgabe von Vor- sowie Zuname und Geburtsdatum regelmäßig **automatisch** als **Sonderausgaben** im Rahmen der Steuererklärung berücksichtigt werden.

Sachspenden durch Unternehmen aus umsatzsteuerlicher Sicht

Unentgeltliche Zuwendungen an Flüchtlinge sind **Lieferungen gegen Entgelt gleichgestellt**. Die Bemessungsgrundlage/der Umsatz entspricht grundsätzlich dem **Wiederbeschaffungspreis** im Zeitpunkt der Entnahme. Werden beispielsweise nicht mehr verkehrsfähige Waren unentgeltlich abgegeben, beträgt die Umsatzsteuerbemessungsgrundlage für diese Sachspende Null.

Umsatzsteuerliche Behandlung von Hilfsgüterlieferungen

Der BMF-Info folgend sind **entgeltliche und unentgeltliche Hilfsgüterlieferungen** (Entnahmeeigenverbrauch) von Unternehmen im Rahmen von nationalen oder internationalen Hilfsprogrammen **in Notstandsfällen** als **nicht steuerbare Umsätze** zu behandeln. Die dafür notwendigen **Voraussetzungen** sind in einer Verordnung geregelt – beispielsweise muss ein **Nachweis der widmungsgemäßen Verbringung in den begünstigten Staat** (im konkreten Fall in die Ukraine) erbracht werden. Werden die Hilfsgüter im **Rahmen in- oder ausländischer Hilfsprogramme** wie z.B. Nachbar in Not, Rotes Kreuz usw. überlassen, ist davon auszugehen, dass eine **widmungsgemäße Verbringung** in die Ukraine vorliegt.

Überlassung einer Unterkunft an Flüchtlinge aus ertragsteuerlicher Sicht

Wird eine **Wohnung**, ein Haus oder Zimmer entgeltlich durch **private Unterkunftgeber** an Flüchtlinge überlassen, so liegen grundsätzlich **Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung** vor (dies gilt auch, wenn eine Unterkunft nicht direkt an Flüchtlinge, sondern an eine Hilfsorganisation überlassen wird). Einnahmenseitig sind die **direkten Mietzahlungen** eines Flüchtlings sowie sämtliche Entgelte von dritter Seite (insbesondere **Kostenersätze** durch ein Bundesland) zu berücksichtigen. Als **Werbungskosten** gelten typischerweise die **Abschreibung** und die **Betriebskosten**. Den allgemeinen steuerlichen Grundsätzen folgend, ist ein **Überschuss** als **Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung** nach dem Einkommensteuertarif zu versteuern. Ergibt sich ein **Verlust** – etwa, weil auf ein marktkonformes Mietentgelt verzichtet wird – so ist dieser nur dann **steuerlich relevant**, wenn **keine Liebhaberei** vorliegt. Keine steuerlich relevante Einkunftsquelle liegt dann vor, wenn die Unterkunft bisher nicht vermietet wurde und nunmehr Flüchtlingen unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird.

Etwas komplizierter wird die Situation, wenn **schon bisher Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung erzielt** wurden. Ist ein **Mietverhältnis** unabhängig von der Krisensituation bereits **beendet** worden und wird die Unterkunft nunmehr Flüchtlingen befristet unentgeltlich zur Verfügung gestellt, wird **keine Änderung der Bewirtschaftungsart** (keine Änderung des Prognosezeitraums) und auch **keine Liebhaberei** vorliegen, sofern die Vermietung an Flüchtlinge eine **Überbrückung** eines ansonsten vorliegenden **Leerstandes** darstellt und die Unterkunft höchstens zwölf Monate überlassen wird. Selbst im Falle eines Verlusts liegen in solchen Konstellationen weiterhin **Einkünfte** aus **Vermietung und Verpachtung** vor.

Wird die Unterkunft **befristet entgeltlich** zur Verfügung gestellt, liegen im Falle eines Überschusses steuerpflichtige Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung vor. Bei Verlusterzielung (weil beispielsweise auf ein marktkonformes Mietentgelt verzichtet wird) ist eine befristete Überlassung **bis zu zwölf Monaten** für die **Liebhabereibeurteilung unschädlich**, sodass weiterhin Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung vorliegen.

Für die ertragsteuerliche Behandlung ist auch die Frage wichtig, ob **neben** der bloßen **Überlassung** der Unterkunft **zusätzliche Leistungen** wie z.B. Reinigung, Verpflegung, Betreuung, Übernahme von Einkäufen oder Behördenwege usw. (vom Unterkunftgeber) **übernommen** werden. Dann können grundsätzlich **Einkünfte aus Gewerbebetrieb** vorliegen, die im Falle der Erzielung eines Gewinns zu versteuern sind. Im Verlustfall ist davon auszugehen, dass die mangelnde Kostendeckung aus **humanitären Gesichtspunkten** in Kauf genommen wird und somit **Liebhaberei** anzunehmen ist (die Verluste sind dann steuerlich unbeachtlich).

Überlassung einer Unterkunft an Flüchtlinge aus umsatzsteuerlicher Sicht

Erfolgt die Unterbringung von Flüchtlingen **entgeltlich**, so ist von einer **Beherbergungsleistung** auszugehen, die dem **10 %igen Umsatzsteuersatz** unterliegt. Wichtige Voraussetzung dafür ist, dass die Beherbergungsleistung vom unterbringenden Unternehmer an die für die Grundversorgung zuständige Gebietskörperschaft erbracht wird. Besteht ein **individuelles Mietverhältnis** zwischen dem Unterkunftgeber und dem Flüchtling, so liegt regelmäßig **Wohnraumvermietung** vor (ebenso 10 % Umsatzsteuersatz). Aus Unterkunftgeberperspektive kann in Fällen der entgeltlichen Vermietung oder Beherbergung die **Kleinunternehmerbefreiung** (bis zu 35.000 €) zur Anwendung kommen – für die Leistungen wird dann **keine Umsatzsteuer** in Rechnung gestellt und gleichzeitig besteht kein Recht auf Vorsteuerabzug. Ebenso kann eine als Liebhaberei qualifizierte, umsatzsteuerfreie kleine Vermietung vorliegen.

Erfolgt die **Überlassung der Unterkunft unentgeltlich**, so ist zu unterscheiden, ob bereits bisher **Umsätze aus der Überlassung** erzielt worden sind oder nicht. **Unbeachtlich** im Sinne von keiner unternehmerischen Tätigkeit ist jene Kombination, bei der **bisher keine Umsätze aus der Überlassung** erzielt worden sind und die **Unterbringung** der Flüchtlinge **unentgeltlich** erfolgt. Etwas anderes gilt jedoch, wenn bisher **bereits Umsätze aus der Überlassung** erzielt worden sind und nun die **Überlassung** einer Unterkunft **unentgeltlich** erfolgt. Eine Tätigkeit für **unternehmerische Zwecke** kann der BMF-Info folgend weiterhin vorliegen, sofern die Überlassung einer Wohnung an aus der Ukraine geflüchtete Menschen **anderen eigenen unternehmerischen Zwecken dient** (wie z.B. **Werbung** oder **Imagepflege**). Wird z.B. auf der (Fassade der) überlassenen Immobilie darauf hingewiesen, dass durch die Überlassung von Wohnraum die Ukraine-Hilfe unterstützt wird, so sind die Voraussetzungen für eine Tätigkeit für unternehmerische Zwecke erfüllt.

Unbeschränkte Steuerpflicht (in Österreich) und damit zusammenhängende Fragen

Natürliche Personen sind in Österreich **unbeschränkt steuerpflichtig**, wenn sie hier ihren **Wohnsitz oder** ihren **gewöhnlichen Aufenthalt** haben. Eine **Wohnung** stellt regelmäßig einen Wohnsitz dar, wenn sie längerfristig als solche genutzt werden soll und den persönlichen Verhältnissen entsprechend zum Wohnen geeignet ist. Wenngleich sie nicht ununterbrochen genutzt werden muss, so hat dies zumindest **wiederkehrend** zu erfolgen. Von einem **gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich** ist auszugehen, wenn sich Flüchtlinge **für längere Zeit in Österreich aufhalten** werden – dies ist auf jeden Fall **nach 6 Monaten Aufenthalt in Österreich** anzunehmen. Die unbeschränkte Steuerpflicht tritt dann rückwirkend ein – die **Staatbürgerschaft** ist dabei **nicht relevant**.

Dem **DBA** zwischen Österreich und der Ukraine (welches die Aufteilung bzw. Zuteilung der Besteuerungsrechte regelt) folgend, ist bei Wohnsitzen in beiden Staaten der **Mittelpunkt der Lebensinteressen entscheidend** für die unbeschränkte Steuerpflicht und somit grundsätzlich für das Recht, das **Welteinkommen** der natürlichen Person zu **besteuern**. Praktisch relevant ist die Frage, wo **Gehälter besteuert** werden dürfen, die aus der Anstellung bei Firmen in der Ukraine resultieren. Wichtig dabei ist das **Arbeitsortprinzip**, demzufolge der Ort der Arbeitsausübung dort anzunehmen ist, an dem sich der **Arbeitnehmer** zur Ausführung seiner Tätigkeit **persönlich aufhält** bzw. wo er **körperlich anwesend** ist. Wird eine Person, die bei einem **ukrainischen Arbeitgeber beschäftigt** ist, in **Österreich ansässig**, sind die von dem ukrainischen Arbeitgeber gezahlten **Einkünfte** aus unselbständiger Tätigkeit **in Österreich zu besteuern**. Dies gilt unabhängig davon, ob die natürliche Person die Arbeitsleistung physisch in Österreich oder in einem dritten Staat erbringt. Lediglich jene Einkünfte aus unselbständiger Tätigkeit, welche die Person für in der Ukraine erbrachte Tätigkeiten erhält, dürfen in der Ukraine besteuert werden (**Österreich stellt** diese unter Progressionsvorbehalt **frei**).

Für eine in Österreich **unbeschränkt steuerpflichtige Person** mit Mittelpunkt der Tätigkeit für **mehr als 6 Monate** im Kalenderjahr in Österreich muss der **ukrainische Arbeitgeber** ohne inländische Betriebsstätte und wenn kein freiwilliger Lohnsteuerabzug vorgenommen wird dem Finanzamt eine **Lohnbescheinigung** (Formular L17) **übermitteln** (alternativ kann dies auch durch die betroffene Person selbst vorgenommen werden). Dann erfolgt die Besteuerung der natürlichen Person in Österreich im **Veranlagungswege**.

2.4 Highlights des Abgabenänderungsgesetzes 2022

Das Abgabenänderungsgesetz 2022 hat wesentliche **Neuerungen** bzw. **Klarstellungen** mit sich gebracht. Diese sind nachfolgend überblicksmäßig dargestellt.

Anpassungen bei der Forschungsprämie

Die **Forschungsprämie** fördert Aufwendungen für **Forschung und experimentelle Entwicklung** und beträgt seit 1.1.2018 **14 %**. Durch das AbgÄG 2022 kommt es zu Änderungen hinsichtlich **Unternehmerlohn**, **Antragsfrist** und **Teilauszahlung**, welche besonders für kleine Unternehmen und **Start-ups** interessant sind. Grundsätzlich sind **Löhne und Gehälter, unmittelbare Aufwendungen und Investitionen, Finanzierungsaufwendungen und damit zusammenhängende Gemeinkosten förderfähig** und somit Teil der Bemessungsgrundlage für die Forschungsprämie (steuerfreie Förderungen sind in Abzug zu bringen). Nunmehr kann **zusätzlich** ein fiktiver Unternehmerlohn die Bemessungsgrundlage erweitern, wobei der fiktive Unternehmerlohn für Einzelunternehmer, Mitunternehmer und unentgeltlich tätige Gesellschafter einer Kapitalgesellschaft möglich ist. Ein fiktiver Unternehmerlohn kann freilich nur dann angesetzt werden, wenn **bisher** für die Tätigkeit des Unternehmers **kein** Lohn bzw. Gehalt verrechnet wurde, weil diese Komponente ansonsten sowieso in der Bemessungsgrundlage enthalten wäre. Der **fiktive Unternehmerlohn** beträgt **45 € pro Tätigkeitsstunde i.Z.m. Forschung & Entwicklung** und ist mit 77.400 € pro Person und Wirtschaftsjahr gedeckelt. Die geleisteten Stunden müssen mittels **Zeitaufzeichnung** und aussagekräftiger Beschreibung **nachgewiesen** werden – eine solch explizite Nachweispflicht war bisher kein Thema im Rahmen der Forschungsprämie. Der fiktive Unternehmerlohn kann **erstmals** für Anträge **nach** dem **30.6.2022 geltend gemacht** werden und betrifft die **Forschungsprämie** für das Kalenderjahr **2022**.

Bei der **Antragsfrist** zur Geltendmachung der **Forschungsprämie** galt bisher, dass der Antrag auf Forschungsprämie (Formular E 108c) **spätestens** bis zum Eintritt der Rechtskraft des betreffenden ESt-, KöSt- bzw. Feststellungsbescheids gestellt werden kann. Hintergrund dieser Regelung ist mitunter, dass die **Prüfung** des **Antrags** zur **Forschungsprämie** mit der **Prüfung der Steuererklärung verbunden** werden kann. In der **Praxis** stellt sich dabei jedoch oftmals das **Problem**, dass die **Forschungsprämienanträge** aufgrund der Quotenregelung **früher als** die **Steuererklärung** eingereicht werden. Durch das **AbgÄG 2022** wird die **Antragsfrist** für die **Forschungsprämie** von der **Steuerveranlagung** (Rechtskraft der Bescheide) **entkoppelt**. Die **Antragsfrist für die Forschungsprämie beginnt nach Ende des relevanten Wirtschaftsjahres** und ist **vier Jahre** lang möglich – dies gilt bereits für die Forschungsprämie 2022 (Anträge nach dem 30.6.2022). Für **Regelwirtschaftsjahre** endet die Frist mit **Ablauf des vierten Kalenderjahres**; bei einem abweichenden Wirtschaftsjahr mit Ablauf von vier Jahren, bemessen vom jeweiligen Bilanzstichtag. Übrigens können die **Anträge** auf Geltendmachung der **Forschungsprämie** künftig **ausschließlich** via **FinanzOnline** gestellt werden.

Die dritte maßgebliche Änderung im Bereich der Forschungsprämie beruht auf der Problematik, dass Forschungsprämienanträge typischerweise mehrere Forschungsprojekte oder -schwerpunkte umfassen und es bei der **Auszahlung der Prämie** zu **Verzögerungen** kommen kann, wenn dem Antrag nicht sofort vollinhaltlich entsprochen wird. Nunmehr wurde die **Möglichkeit eines Teilabspruchs** und damit einer **Teilauszahlung** in Bezug auf den **unstrittigen Teil** des Antrags geschaffen. Eine Teilauszahlung erfolgt **auf Antrag des Steuerpflichtigen** und ist im Ermessen der Abgabenbehörde. **Unstrittige Teile** sind **abgrenzbare Sachverhalte** wie etwa Forschungsprojekte und/oder Forschungsschwerpunkte, nicht aber einzelne Rechtsfragen oder Sachverhaltsteile.

Steuerbefreiung für Photovoltaikanlagen

Aus der **Einspeisung von elektrischer Energie aus Photovoltaikanlagen** in das öffentliche Netz resultieren **steuerpflichtige Einkünfte aus Gewerbebetrieb**. Nunmehr wurde eine **Steuerbefreiung** für **kleinere Photovoltaikanlagen** ab der **Veranlagung 2022** geschaffen (da nur private Anlagen und die Eigenversorgung begünstig werden, nicht aber gewerbliche Zwecke, ist die Befreiung auf Anlagen mit einer Engpassleistung von 25 Kilowatt Peak (kWp) beschränkt), sodass **Einkünfte** aus der Einspeisung von **höchstens 12.500 kWh Strom** aus **Photovoltaikanlagen steuerfrei** sind. Wird diese Schwelle überschritten, so gilt die Befreiung anteilig i.S. eines **Freibetrags**.

Öffi-Ticket und Pendlerpauschale

Selbständige können nunmehr **50 % der Ausgaben** für Jahres(netz)karten und andere Netzkarten wie z.B. Wochen- und Monatskarten **pauschal als Betriebsausgabe** ansetzen, sofern die (nicht übertragbaren) Netzkarten sowohl für betrieblich veranlasste als auch für private Fahrten genutzt werden. Für **Arbeitnehmer** kommt es zur **Klarstellung**, dass **weder** die **Zurverfügungstellung** einer Wochen-, Monats- oder Jahreskarte für ein Massenbeförderungsmittel **noch** die **Übernahme der Kosten** durch den Arbeitgeber zu einem **steuerbaren Bezug aus nichtselbständiger Arbeit** führen.

Bzgl. **Pendlerpauschale** wird klargestellt, dass grundsätzlich das Pendlerpauschale für die Strecke zwischen Wohnung und Arbeitsstätte maßgeblich ist, sofern der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer unentgeltlich ein Ticket zur Verfügung stellt bzw. einen Kostenanteil übernimmt. Die **Zuzahlung** des

Arbeitgebers bzw. der vom Arbeitgeber zugewendete Wert des Tickets muss dabei **abgezogen** werden.

Umsatzsteuerzinsen

Entsprechend **EuGH-Judikatur** ist die **Verzinsung von Umsatzsteuerforderungen** i.S.d. steuerlichen Neutralität **geboten**. Das AbgÄG 2022 schafft nun eine ausschließlich für die Umsatzsteuer geltende **Verzinsungsregelung** (§ 205c BAO), wobei der (Umsatzsteuer)Zinssatz **2 % über dem Basiszinssatz** liegt (aktuell bei 3,38 %). Bei **Gutschriften** aus UVAs beginnt der Verzinsungszeitraum mit dem 91. Tag nach Einlangen der Voranmeldung und endet mit dem Verbuchen der Gutschrift am Abgabenkonto. Wird die Gutschrift hingegen erst in der **Umsatzsteuerjahreserklärung** geltend gemacht, beginnt die Verzinsung erst mit dem 91. Tag nach Einlangen der Jahreserklärung. **Voraussetzung** für die Verzinsung ist, dass eine **Gutschrift** in der jeweiligen Voranmeldung oder Jahreserklärung überhaupt **geltend gemacht** wurde. In vergleichbarer Weise sind auch **Abgabennachforderungen an Umsatzsteuer zu verzinsen**. Umsatzsteuerzinsen i.H.v. weniger als 50 € sind nicht festzusetzen. Umsatzsteuerzinsen auf Gutschriften werden grundsätzlich auch dann gewährt, wenn sich die Verbuchung der UVA aufgrund von Prüfungsmaßnahmen der Behörden verzögert.

2.5 BMF-Info zur Teuerungsprämie klärt viele Fragen

Unter bestimmten Voraussetzungen können **Arbeitgeber** eine **Teuerungsprämie von bis zu 3.000 €** im Jahr 2022 und 2023 **abgabenfrei** an Arbeitnehmer gewähren. Das **BMF** hat Ende September 2022 eine **Information** veröffentlicht, welche viele Fragen zum Instrument der Teuerungsprämie erläutert. Aus dem Zusammenspiel von Frage und Antwort ergeben sich wichtige **Erkenntnisse**, die nachfolgend überblicksmäßig dargestellt werden.

» Teuerungsprämien können auch dann **steuerfrei** ausbezahlt werden, wenn die Zahlung in **zwei oder mehreren Teilbeträgen** bzw. monatlich gemeinsam mit den laufenden Bezügen erfolgt.

» Die Teuerungsprämie muss am **Lohnzettel** oder **Lohnkonto** als solche **ersichtlich** gemacht werden (ergänztes Formular L16 bzw. gem. § 5 Abs. 4 Lohnkontenverordnung 2006). Der Umstand der Teuerung an sich als Voraussetzung muss jedoch **nicht nachgewiesen** werden.

» Da die **Steuerbefreiung** i.S.d. Teuerungsprämie lediglich eine **zusätzliche Zahlung aufgrund der Teuerung voraussetzt** (die üblicherweise bisher nicht gewährt wurde), sind die Ausgestaltungsmöglichkeiten vielfältig. Für eine Entlastung der Mitarbeiter von den hohen Spritpreisen kann etwa die Höhe der **Teuerungsprämie** (maximal 2.000 € pro Mitarbeiter) **anhand der zurückgelegten Fahrstrecke** zwischen Wohnung und Arbeitsstätte berechnet werden und somit **unterschiedlich hoch** sein.

» Aufgrund der geringen Anforderungen in Form einer zusätzlichen Zahlung aufgrund der Teuerung ist es zulässig, die Teuerungsprämie bis 2.000 € **auch nur an einzelne Mitarbeiter** steuerfrei auszuzahlen. Denkbar ist ebenso, dass alle neu eintretenden Dienstnehmer im ersten Monat des Dienstverhältnisses 2.000 € Teuerungsprämie erhalten (die bestehenden Arbeitnehmer jedoch nicht).

» Die **Teuerungsprämie** kann grundsätzlich auch **in Form von Gutscheinen** zugewendet werden oder in Form anderer geldwerter Vorteile. Dann hat ebenso eine Erfassung am **Lohnkonto** bzw. am **Lohnzettel** zu erfolgen.

» Da das **Ausmaß der Beschäftigung** keine Auswirkungen auf die maximale Höhe der Teuerungsprämie hat, können auch **geringfügig Beschäftigte** eine Prämie in voller Höhe erhalten. Ebenso wenig ist entscheidend, ob der Mitarbeiter **Vollzeit oder Teilzeit** beschäftigt ist – daher erfolgt bei Teilzeitkräften **keine Aliquotierung**.

» **Steuerfreie Teuerungsprämien** können auch an **karenzierte Dienstnehmer** bzw. **Dienstnehmer ohne Entgeltanspruch** (z.B. wegen Mutterschutz oder langem Krankenstand) **gewährt** werden. In einem solchen Fall kann die Teuerungsprämie als **zusätzliche Leistung aufgrund der Teuerung** gewährt werden. Bedeutsam ist dabei, dass der grundsätzliche Lohnanspruch während einer solchen Dienstverhinderung ruht.

» Wird eine Teuerungsprämie von mehr als 3.000 € durch **Einmalzahlung** gewährt (beispielsweise 4.000 €), so ist der **steuer- bzw. abgabenpflichtige Teil** (in dem Beispiel 1.000 €) als **sonstiger Bezug** zu besteuern (Veranlagungspflicht) – es erfolgt keine Anrechnung auf das Jahressechstel.

» Belohnungen wie **Prämien oder Bonuszahlungen**, welche aufgrund von Leistungsvereinbarungen gezahlt werden, dürfen **nicht** als **Teuerungsprämie qualifiziert** werden. Daran ändert sich auch nichts, wenn gewährte **Bonuszahlungen** in Form von **Zielvereinbarungen** ausgestaltet sind. Die Zahlung erfolgt nämlich aufgrund einer Zielerreichung und wird **nicht aufgrund der Teuerung** zusätzlich gewährt.

» Die **Gestaltungsmöglichkeiten** sind auch insoweit **eingeschränkt**, als etwa der Bezug einer auf freiwilliger Basis (fast) jährlich gewährten **Erfolgsprämie** (entspricht einer wiederkehrenden Zahlung bezogen auf den Unternehmenserfolg mit Widerrufsvorbehalt) **nicht** in eine **Teuerungsprämie umgewandelt** werden kann. Es handelt sich dann nämlich nicht um zusätzliche Zahlungen, die üblicherweise bisher nicht gewährt wurden.

2.6 „Heizkesseltausch“ und thermische Sanierung von Gebäuden werden im Rahmen der Ökosozialen Steuerreform 2022 gefördert

Im Rahmen der ökosozialen Steuerreform wird auch der **Umstieg von fossilen Brennstoffen** auf klimafreundliche Systeme gefördert. Konkret auf die Umsetzung der **Wärmestrategie** bezogen bedeutet dies auch, dass auf Ebene von **Privatpersonen** der **Austausch** eines auf **fossilen Brennstoffen** basierenden **Heizungssystems** gegen ein klimafreundliches System (so genannter „**Heizkesseltausch**“), wie z.B. Fernwärme, **gefördert** wird. Darüber hinaus wird auch die **thermische Sanierung von Gebäuden** mittels steuerlicher Geltendmachung in Form von Pauschalbeträgen als Sonderausgaben **begünstigt**.

Grundsätzlich für einen **Zeitraum von fünf Jahren** können für die **thermisch-energetische Sanie-**

rung von Gebäuden 800 € pro Jahr als **Sonderausgaben** geltend gemacht werden. Ein **Heizkesseltausch** wird mit **400 € pro Jahr** (wiederum als Sonderausgaben) gefördert. Die Herleitung dieser Beträge ist etwas komplexer – so sind die Ausgaben für den Heizkesseltausch bzw. für die Gebäudesanierung um die vom Bund ausbezahlte **Förderung** (Förderung des Bundes nach dem Umweltförderungsgesetz) zu **kürzen** und müssen dann immer noch **mehr als 4.000 €** für die thermische Sanierung von Gebäuden bzw. **mehr als 2.000 €** für den Heizkesseltausch ausmachen. Eigentlich kann pro Kalenderjahr **nur ein Pauschbetrag als Sonderausgabe** abgesetzt werden, wobei vorrangig die 800 € für die Gebäudesanierung steuerlich geltend gemacht werden. Wenn allerdings innerhalb der fünf Kalenderjahre solch weitere **begünstigte Ausgaben getätigt** werden, kann der **Pauschbetrag** auf insgesamt **10 Kalenderjahre verlängert** berücksichtigt werden. Gegebenenfalls kann der Pauschbetrag zwar nicht ab dem Jahr der Auszahlung der Förderung steuerlich geltend gemacht werden, jedoch **ab dem 6. Jahr** in Form von 800 € für die thermische Gebäudesanierung bzw. i.H.v. 400 € für den Heizkesseltausch.

Zeitlich und administrativ betrachtet muss für die Sanierungs- und Erneuerungsmaßnahmen **nach dem 30. Juni 2022** eine **Förderung des Bundes** ausbezahlt worden sein, wobei das **Förderansuchen nach** dem **31. März 2022 eingebracht** werden muss. Die pauschalen Sonderausgaben werden **automatisch** im **Rahmen der Veranlagung berücksichtigt**, da die Förderstelle die entsprechenden Informationen an die Finanzverwaltung übermittelt.

2.7 „Strompreisbremse“ entlastet Haushalte von hohen Energiepreisen

© mpix-foto - Adobe Stock

Die sogenannte **Strompreisbremse** im Kampf gehen hohe Energiepreise beinhaltet eine **befristete Stützung** der **Stromkosten für Haushalte** (Privatpersonen) von **bis** zu **2.900 kWh pro Jahr** sowie einen 75 %igen **Netzkostenzuschuss** für **einkommensschwache Haushalte**. Der Stromkostenzuschuss bis zu 2.900 kWh Strom wird vom Bund gestützt. Im Detail kommt die **Förderung** von 1.12.2022 bis 30.6.2024 **automatisiert** über den Stromlieferanten zur Anwendung, wenn der Strompreis den **unteren Schwellenwert** von **10 c/kWh übersteigt**. Der Zuschuss betrifft jenen Preisanteil, der über den 10 c liegt und bis zum oberen Schwellenwert von 40 c/kWh geht. Die Stromkostenförderung betrifft dabei alle Preisbestandteile, welche vom Lieferanten selbst ausgestaltet werden können. Für größere **Haushalte** mit **mehr als drei Personen** sind **Zusatzkontingente** als zusätzliche Unterstützung vorgesehen.

Einkommensschwache Haushalte erhalten **zusätzlich** zum Stromkostenzuschuss zwischen 1.1.2023 und 30.6.2024 einen **Netzkostenzuschuss** i.H.v. **75 % der Netzkosten**. Der Netzkostenzuschuss ist jährlich mit **200 € gedeckelt** und wird ebenso wie der Stromkostenzuschuss bei kürzeren Zeiträumen aliquotiert berechnet. Anspruch auf Netzkostenzuschuss haben jene Haushalte, die auch von der **GIS-Gebühr befreit** sind.

3 Fokus Unternehmer

3.1 Zuschüsse für energieintensive Unternehmen

Der dramatische **Anstieg bei den Energiekosten** stellt fast alle Unternehmen vor **massive Kostensteigerungen**. Eine teilweise Abfederung sollen die Maßnahmen aus dem bereits beschlossenen **Unternehmens-Energiekostenzuschussgesetz** – UEZG – bringen. Ziel ist die Unterstützung von „energieintensiven Unternehmen". Als solche gelten Unternehmen, bei denen sich die **Energie- oder Strombeschaffungskosten** auf mindestens **3,0 % des Produktionswertes** belaufen oder die zu entrichtende **nationale Energiesteuer** mindestens 0,5 % des Mehrwerts beträgt.

Unter **„Produktionswert"** ist der Umsatz, bereinigt um Bestandsveränderungen bei fertigen und unfertigen Erzeugnissen und zum Wiederverkauf erworbene Waren und Dienstleistungen minus Käufe von Waren und Dienstleistungen zum Wiederverkauf, zu verstehen. Es handelt sich somit um eine Art **„Rohertrag"**. Basis für die Ermittlung der 3 %-Schwelle ist der letzte Jahresabschluss, d.h. in der Regel der Abschluss zum 31.12.2021.

Als **„Mehrwert"** gilt der gemäß **Mehrwertsteuerrecht** steuerbare Gesamtumsatz einschließlich der Exportverkäufe abzüglich des gesamten mehrwertsteuerbaren Ankaufs einschließlich der Einfuhren.

Die Förderung richtet sich grundsätzlich an energieintensive, gewerbliche und gemeinnützige Unternehmen und unternehmerische Bereiche von gemeinnützigen Vereinen. Um **kleinere Unternehmen** sowie unternehmerische Bereiche von gemeinnützigen Vereinen zu **unterstützen**, entfällt lediglich bei **Jahresumsätzen bis 700.000 €** das 3 %-Energieintensitätskriterium.

Nicht förderungsfähig sind energieproduzierende und mineralverarbeitende Unternehmen oder die land- und forstwirtschaftliche Urproduktion. Die Förderung ist auch an die Umsetzung von **Energiesparmaßnahmen** geknüpft. So ist vorgesehen, dass **bis** zum **31.3.2023 Energiesparmaßnahmen** im Bereich der Beleuchtung und Heizung im Außenbereich gesetzt werden müssen, um die Förderung erhalten zu können.

Es sind insgesamt **vier Förderstufen** mit unterschiedlichen Anforderungen und Förderungen vorgesehen:

» **Stufe 1**: Förderung der **Preisdifferenz zwischen 2021 und 2022** im Ausmaß von 30 % unter Berücksichtigung des Verbrauchs 2022. Die minimale Förderhöhe liegt bei 2.000 €, die **maximale Förderhöhe** bei **400.000 €**. Gefördert werden die Mehrkosten für den Verbrauch von Strom, Gas und Treibstoffen.

» **Stufe 2**: Hier müssen sich die **Arbeitspreise** für **Strom und Gas** im Vergleich zum Vorjahr **zumindest verdoppelt** haben. In diesem Fall werden bis zu 70 % des Vorjahresverbrauchs mit **maximal 30 %** gefördert. Die maximale Förderhöhe beträgt 2 Mio. €. Der Treibstoffverbrauch spielt auf dieser Stufe keine Rolle.

» **Stufe 3**: Neben den Voraussetzungen für Stufe 1 und 2 ist ein durch die Energiekosten verursachter **Betriebsverlust** (EBITDA) erforderlich, um einen **Zuschuss** von **bis zu 25 Mio. €** zu erhalten. Die Berechnung des Zuschusses in Stufe 3 erfolgt analog zu Stufe 2, wobei ein **Fördersatz von 50 %** zur Anwendung gelangt.

» **Stufe 4**: In Stufe 4 werden nur ausgewählte Branchen nach dem Befristeten Krisenrahmen unterstützt. Hier sind **maximale Zuschüsse** pro Unternehmen **bis zu 50 Mio. €** möglich.

Die Förderungen beziehen sich auf Energieaufwendungen, die im Zeitraum zwischen 1.2.2022 und 30. September 2022 anfallen.

Mit der **Abwicklung der Zuschüsse** wird die Austria Wirtschaftsservice GmbH (**aws**) beauftragt. Alle Förderwerber, die sich im Zeitraum **von 7.11.2022 bis 20.11.2022 registriert** haben, können eine Förderung beantragen. Die konkreten **Anträge** können **im Zeitraum vom 29.11.2022 bis 15.2.2023** gestellt werden. Der Fördertopf ist mit 1,3 Mrd. € begrenzt.

3.2 BMF-Info zur steuerfreien Mitarbeitergewinnbeteiligung

Im Zuge der **ökosozialen Steuerreform** wurde auch das Instrument der **steuerfreien Mitarbeitergewinnbeteiligung** eingeführt, welches als Anreizsystem dienen kann und zur stärkeren **Bindung der Arbeitnehmer** an das Unternehmen des Arbeitgebers beitragen kann. Das **BMF** hat dazu eine **Information** (GZ 2022-0.227.090 vom 25.3.2022) **veröffentlicht**, die wichtige Fragen zu den Voraussetzungen und Konsequenzen dieses Instrumentariums beantwortet. Wesentliche Aspekte werden nachfolgend **überblicksmäßig** dargestellt.

Die (steuerfreie) Mitarbeitergewinnbeteiligung ist vergangenheitsbezogen als **Beteiligung der Mitarbeiter am Vorjahresergebnis** zu verstehen, zu welchem die Mitarbeiter beigetragen haben. Konkret ist damit die Beteiligung der Arbeitnehmer am unternehmensrechtlichen Ergebnis vor Zinsen und Steuern (**EBIT**) des im letzten Kalenderjahr endenden Wirtschaftsjahres des Arbeitgebers gemeint. **Pro Arbeitnehmer** können jährlich **maximal 3.000 €** (steuerfrei in Form der Mitarbeitergewinnbeteiligung) gewährt werden. Die Mitarbeitergewinnbeteiligung ist in das Lohnkonto aufzuneh-

men und muss am **Jahreslohnzettel** (L16) ausgewiesen werden. Die **Steuerfreiheit endet** allerdings, wenn die Summe der jährlich gewährten Gewinnbeteiligungen das **EBIT** aus dem Vorjahr **übersteigt** – die Zuwendung wird dann steuerpflichtig. Da explizit auf Gewinnbeteiligungen des Arbeitgebers abgestellt wird, ist die Steuerbefreiung z.B. nicht anwendbar, wenn die Prämie von der Konzernmutter an die Arbeitnehmer gewährt wird (es handelt sich dann um ein Entgelt von dritter Seite).

Den FAQ der BMF-Info folgend bezieht sich die **Begünstigungsgrenze** (die Steuerbefreiung stellt einen **Freibetrag** dar) auf den **Bruttobetrag** der Mitarbeitergewinnbeteiligung ohne Abzug hierauf entfallender Dienstnehmeranteile zu den Sozialversicherungsbeiträgen. Zeitlich betrachtet können (rückwirkend) ab 1. Jänner 2022 Arbeitgeber ihren Arbeitnehmern **zusätzlich zur Gehaltskomponente** eine Gewinnbeteiligung von bis zu 3.000 € im Kalenderjahr (2022) **steuerfrei** auszahlen (die Unternehmensgewinne des Jahres 2021 sind dann maßgebend für die unternehmensbezogene Deckelung).

Die FAQ setzen sich auch mit der Frage auseinander, ob es zulässig ist, die Gewährung der steuerfreien Gewinnbeteiligung von **leistungsbezogenen Parametern** abhängig zu machen. Überdies kommt dabei dem Begriff **„alle Arbeitnehmer oder Gruppen von Arbeitnehmern"** eine besondere Bedeutung zu. So kann die **Höhe der Gewinnbeteiligung** auch von **leistungsbezogenen Kriterien** wie z.B. Umsatz, Erlös oder Deckungsbeitrag **abhängig gemacht werden**. Wichtig für die steuerfreie Gewährung ist, dass die Zuwendungen **an alle Arbeitnehmer oder an bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern** geleistet werden. Hierfür muss die Höhe der jeweiligen Gewinnbeteiligung **sachlich begründet** und aus der freiwilligen Vereinbarung bestimmbar sein. Während der Begriff „allen Arbeitnehmern" hinlänglich verständlich sein sollte, beinhalten die FAQ wichtige Details zu den „**Gruppen von Arbeitnehmern**". **Großgruppen** von Arbeitnehmern können etwa alle Arbeiter oder Angestellte, Schichtarbeiter, Monteure, Innendienst- bzw. Außendienstmitarbeiter oder auch alle Arbeitnehmer mit einer Betriebszugehörigkeit von bestimmten Jahren sein. Theoretisch denkbar ist auch, dass nur ein einzelner Arbeitnehmer eine Gruppe von Arbeitnehmern darstellt. Überdies müssen die **Gruppenmerkmale betriebsbezogen** sein, weshalb das Gruppenmerkmal nicht erfüllt ist, wenn willkürlich nur bestimmte Personen eine Gewinnbeteiligung erhalten. Sofern eine unterschiedliche Staffelung der Gewinnbeteiligung innerhalb einer Gruppe von Arbeitnehmern vorgenommen wird, muss diese anhand objektiver Kriterien **sachlich begründet und nachvollziehbar** sein. Das ist jedoch gerade dann nicht der Fall, wenn einzelne Mitarbeiter der Gruppe ohne sachliche Begründung abweichende, vorteilhaftere Prämienzusagen erhalten haben.

Schließlich stellen die FAQ klar, dass die Gewährung der steuerfreien Mitarbeitergewinnbeteiligung **nicht anstelle** des bisher gezahlten **Arbeitslohns oder** einer üblichen **Lohnerhöhung** erfolgen darf. Jedoch können bisher individuell vereinbarte **Prämien**, auf die kein Rechtsanspruch besteht, als **steuerfreie Mitarbeitergewinnbeteiligung behandelt** werden, sofern alle Voraussetzungen erfüllt sind (insbesondere, wenn diese (nunmehr) allen Arbeitnehmern oder bestimmten Gruppen von Arbeitnehmern gewährt werden). Überdies behandeln die FAQ auch die spannende Frage, ob die Höhe der steuerfreien Gewinnbeteiligung vom Ausmaß der **Arbeitszeit** abhängen kann. Hierbei ist zweierlei zu unterscheiden. Das Ausmaß der Arbeitszeit (**Vollzeit oder Teilzeit**) hat auf die maximale Höhe der steuerfreien Gewinnbeteiligung **keine Auswirkung**. Jedoch kann das Beschäftigungsausmaß als betriebsbezogenes Gruppenmerkmal Berücksichtigung finden. Im Rahmen des Abgabenänderungsgesetzes 2022 ist schließlich klargestellt worden, dass **einzelne Arbeitnehmer im Kalenderjahr nicht**

mehr als 3.000 € an **steuerfreier Mitarbeitergewinnbeteiligung** erhalten können, insbesondere wenn sie bei mehreren Arbeitgebern angestellt sind. Ein allenfalls übersteigender Betrag muss **nachversteuert** werden.

3.3 Arbeitsplatzpauschale für Selbständige

Ab der **Veranlagung 2022** trägt das so genannte **Arbeitsplatzpauschale für Selbständige** dazu bei, dass auch bei **betrieblichen Einkünften** die **Nutzung des privaten Wohnraums** steuerlich berücksichtigt werden kann. Hintergrund dafür ist die immer stärker werdende, mitunter durch COVID-19-bedingte, **Verlagerung der Arbeit in den privaten Bereich** und der Umstand, dass die exakte Ermittlung des betrieblichen Anteils an den Wohnkosten typischerweise einen unverhältnismäßig hohen Aufwand darstellen würde. Mit der Arbeitsplatzpauschale für Selbständige soll der betrieblichen Komponente **wohnraumbezogener Aufwendungen**, wie beispielsweise Strom, Heizung, Beleuchtung usw. Rechnung getragen werden. Hingegen sind **betriebliche Arbeitsmittel** wie z.B. die Aufwendungen für Computer, Drucker, Kopierer usw. **nicht** von dem **Arbeitsplatzpauschale umfasst** – sie bleiben weiterhin neben dem Pauschale steuerlich abzugsfähig.

Für die Inanspruchnahme des Arbeitsplatzpauschales für Selbständige müssen folgende **Voraussetzungen** erfüllt sein:

- Dem Selbständigen erwachsen Ausgaben aus der Nutzung der Wohnung, wobei es sich nicht um den Hauptwohnsitz handeln muss;
- dem Steuerpflichtigen steht zur Ausübung der betrieblichen Tätigkeit kein anderer, ihm zurechenbarer Raum zur Verfügung (auf den jeweiligen Betrieb bezogen);
- es werden keine Aufwendungen für ein Arbeitszimmer steuerlich geltend gemacht.

Das Arbeitsplatzpauschale beträgt entweder **1.200 € oder 300 € pro Jahr**. Der **höhere Betrag** ist dann möglich, wenn **keine anderen Einkünfte aus einer aktiven Erwerbstätigkeit** (Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Einkünfte aus selbständiger Arbeit und Einkünfte aus Gewerbebetrieb sowie Einkünfte aus einem aktiven Dienstverhältnis) erzielt werden, für welche außerhalb der Wohnung ein anderer Raum zur Verfügung steht bzw. auch dann, wenn die anderen **Einkünfte höchstens 11.000 €** ausmachen. Zu beachten ist dabei, dass dann mit dem Arbeitsplatzpauschale **sämtliche Aufwendungen** in Bezug auf die Wohnung abgedeckt sind und folglich darüber hinaus **keine** wohnungsspezifischen Ausgaben mehr steuerlich abgesetzt werden können.

Das Arbeitsplatzpauschale beträgt **300 € pro Jahr**, wenn andere Einkünfte aus einer aktiven Erwerbstätigkeit die Grenze von 11.000 € übersteigen und für diese Tätigkeit ein anderer **Raum außerhalb der Wohnung** zur Verfügung steht. **Zusätzlich** zu dem Arbeitsplatzpauschale können Aufwendungen für die **Anschaffung ergonomisch geeigneten Mobiliars** (z.B. Schreibtisch, Drehstuhl, Beleuchtung) geltend gemacht werden. Die Regelung ist an jene i.Z.m. Homeoffice angelehnt, wobei im konkreten Fall das **Erfordernis** der zumindest **26 Homeoffice-Tage entfällt** (weil es die Unterscheidung zwischen Arbeiten am Arbeitsplatz des Arbeitgebers oder im Homeoffice bei Selbständigen so nicht gibt). Für das ergonomisch geeignete Mobiliar gilt die **Deckelung** mit 300 € – sofern die mit diesen Anschaffungen verbundenen Ausgaben auch mit Einkünften aus nichtselbständiger Tätigkeit zusammenhängen, sind sie zur Gänze **entweder** als **Werbungskosten oder** als **Betriebsausgaben** einzuordnen; eine **Aufteilung** ist **nicht möglich**.

Da das Arbeitsplatzpauschale der Höhe nach jeweils auf ein 12 Monate umfassendes Wirtschaftsjahr bezogen ist, hat bei einem **Rumpfwirtschaftsjahr** oder beim unterjährigen Wegfall der Voraussetzungen für die Inanspruchnahme eine **Aliquotierung** zu erfolgen. Das Arbeitsplatzpauschale für Selbständige kann übrigens auch im Rahmen der **Basispauschalierung** und auch bei der **Kleinunternehmerpauschalierung** als zusätzliche Betriebsausgabe geltend gemacht werden.

3.4 Verrechnungspreisdokumentationsvorschriften in Österreich

Im Bereich der **Verrechnungspreisdokumentationsanforderungen** geben die österreichischen Verrechnungspreisrichtlinien 2021 eine wichtige **Orientierungshilfe**, indem sie **konkrete Inhalte**, welche in einer Verrechnungspreisdokumentation enthalten sein müssen, spezifizieren. Betroffen sind nicht (nur) jene Unternehmen, welche unter das **Verrechnungspreisdokumentationsgesetz** (VPDG) fallen und somit regelmäßig die 50 Mio. € Umsatzerlösgrenze überschreiten. Den VPR 2021 folgend und mit Bezug auf die **BAO** müssen auch **kleinere Unternehmen** eine **Verrechnungspreisdokumentation** erstellen, um die Fremdüblichkeit ihrer Verrechnungspreise nachweisen zu können. Die in den VPR 2021 genannten Anforderungen sind dabei nur **unwesentlich geringer** als jene im VPDG und der dazu ergangenen **Durchführungsverordnung** normierten Bestandteile. Da die Vorgaben gem. VPDG auch **freiwillig** befolgt werden können, zahlt sich ein Wechsel auf die nachfolgend dargestellten Dokumentationsvorschriften möglicherweise oftmals nicht aus – ein solcher Wechsel wäre grundsätzlich verpflichtend, sofern die Grenze der 50 Mio. € Umsatzerlöse in zwei aufeinanderfolgenden Jahren **unterschritten** wird.
Konkret müssen den VPR 2021 folgend nachfolgende Informationen im Rahmen der **Verrechnungspreisdokumentation** enthalten sein.

- **Allgemeine Informationen** über die verbundenen Unternehmen (Organigramm, Beteiligungsverhältnisse, finanzielle Verhältnisse, Kurzbeschreibung der Unternehmens- und Geschäftsstrategie sowie der Markt- und Wettbewerbsverhältnisse).

- **Beschreibung** der zu beurteilenden **konzerninternen Transaktionen** (Geschäftsbeziehungen) nach Art und Umfang. Hierbei kann es sich typischerweise um Warentransaktionen, Services, Darlehen oder Garantien, Überlassung von Nutzungsrechten und Lizenzen usw. handeln. Grundsätzlich gilt, dass einer konzerninternen Transaktion mehr Bedeutung zukommt, je höher das **Transaktionsvolumen** ist.

- Darstellung der Einbindung des inländischen Unternehmens in eine international verlaufende **Wertschöpfungskette** des Konzerns.

- Auflistung der wahrgenommenen **Funktionen**, des eingesetzten Vermögens und der übernommenen **Risiken** (Funktions- und Risikoanalyse). Die Funktions- und Risikoanalyse muss grundsätzlich pro Transaktion erstellt werden und ist ein wesentlicher Bestandteil der Verrechnungspreisdokumentation, da sie neben der Charakterisierung des Unternehmens auch die Auswahl der **Verrechnungspreismethode** beeinflusst.

» Begründung für die Auswahl der angewendeten **Verrechnungspreismethode** (z.B. Preisvergleichsmethode, Kostenaufschlagsmethode, Profit Split usw.) und Darstellung der **Angemessenheit der Verrechnungspreise** (unter Hinweis auf mögliche Fremdgeschäfte oder auf fremde Unternehmen, die vergleichbare Geschäfte tätigen); und

» Schriftliche Verträge, die im Vorhinein zur Transaktion abgeschlossen wurden.

Vergleichbar größeren Konzernen sollten also auch KMUs mit verbundenen Unternehmen bzw. Betriebsstätten im **Ausland** die **österreichische Verrechnungspreisdokumentation** für die heimische Gesellschaft regelmäßig bis zur **Abgabe der Steuererklärung** für das entsprechende Jahr erstellen (typischerweise auf Deutsch oder auf Englisch).

Beim **Country-by-Country Reporting** („länderbezogene Berichterstattung") muss nicht nur (regelmäßig) die oberste Muttergesellschaft im Konzern den Country-by-Country Report erstellen, auch die anderen Konzerngesellschaften müssen die **Finanzverwaltungen informieren**, welche Gesellschaft den **länderbezogenen Bericht** erstellt, da dieser in Folge zwischen den Finanzverwaltungen der verschiedenen Länder ausgetauscht wird. Von der Verpflichtung zur Erstellung eines länderbezogenen Berichts sind nur große Konzerne mit einem **Konzernjahresumsatz** von mindestens **750 Mio. €** betroffen. In Österreich erfolgt diese Information an die Finanzverwaltung in Form der **VPDG 1 Mitteilung** typischerweise über **FinanzOnline**, wobei jede inländische Gesellschaft **jährlich** eine separate Mitteilung abgeben muss. Die VPR 2021 (nicht allerdings das VPDG) beinhalten eine für Steuerpflichtige begrüßenswerte administrative **Erleichterung** in Verbindung mit dieser Mitteilungspflicht. Für **Wirtschaftsjahre ab 1.1.2022** ist den VPR 2021 folgend eine (neuerliche) Mitteilung nur noch dann erforderlich, wenn sich im Vergleich zu der im Vorjahr abgegebenen Mitteilung **Änderungen** ergeben (etwa, wenn sich die oberste Muttergesellschaft ändert oder die Berichtspflicht nicht mehr übernommen wird). Sofern für eine Gesellschaft das **Ende der Zugehörigkeit** zu einer **multinationalen Unternehmensgruppe** eintritt, muss eine Leermeldung via FinanzOnline abgegeben werden – es besteht dann keine Verpflichtung mehr, eine Mitteilung i.Z.m. der länderbezogenen Berichterstattung abzugeben.

3.5 Rechnungsmerkmale bei Inlandslieferungen bzw. sonstigen Leistungen im Inland

Voraussetzung für den **Vorsteuerabzug** ist, dass die Leistung für das Unternehmen des Leistungsempfängers ausgeführt wurde und eine **ordnungsgemäße Rechnung** im Sinne des § 11 UStG vorliegt. Damit die auf einer **Eingangsrechnung** ausgewiesene Umsatzsteuer als **Vorsteuer** abzugsfähig ist, muss die Rechnung daher folgende Angaben enthalten:

Eingangsrechnung: Rechnungen von Ihren Lieferanten. **Ausgangsrechnung**: Rechnungen an Ihre Kunden (= Leistungsempfänger). Die Ausfertigung der Rechnungen unterliegt bestimmten **Formalerfordernissen**. Nachfolgende Angaben sind beim Rechnungsempfänger Voraussetzung für den Vorsteuerabzug!

Eine Rechnung über 400 € (inkl. USt) hat gemäß §11 UStG folgende Punkte zu beinhalten:

1. Name und Anschrift des liefernden oder leistenden Unternehmens.

2. Name und Anschrift des Abnehmers der Lieferung oder des Empfängers der sonstigen Leistung.

3. Bei Rechnungen, deren Gesamtbetrag **10.000 € übersteigt**, ist die UID-Nummer des Leistungsempfängers anzugeben, wenn der leistende Unternehmer im Inland einen Wohnsitz/Sitz hat oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt/eine Betriebsstätte hat UND der Umsatz an einen anderen Unternehmer für dessen Unternehmen ausgeführt wird.

4. Die Menge und die handelsübliche Bezeichnung der gelieferten Gegenstände oder die Art und den Umfang der sonstigen Leistung.

5. Tag der Lieferung oder der sonstigen Leistung bzw. den Zeitraum, über den sich die sonstige Leistung erstreckt.

6. Das Entgelt für die Lieferung/die sonstige Leistung und den anzuwendenden Steuersatz; im Fall einer Steuerbefreiung hat die Rechnung einen Hinweis zu enthalten, dass für diese Lieferung/sonstige Leistung eine Steuerbefreiung gilt.

7. Den auf das Entgelt entfallenden Umsatzsteuerbetrag in € (ggf. Umrechnungskurs mit Kurs des BMF bzw. EZB-Kurs).

8. Das Ausstellungsdatum (bei Bargeschäften genügt der Hinweis: Lieferdatum = Rechnungsdatum; eines der beiden Daten muss jedoch tatsächlich mit dem Hinweis angegeben sein).

9. Fortlaufende Rechnungsnummer.

10. **UID-Nummer** des Unternehmers, sofern er im Inland Lieferungen/sonstige Leistungen erbringt, für die Recht auf Vorsteuerabzug besteht.

Bei Rechnungen, deren **Gesamtbetrag 400 €** (inkl. USt) **nicht** übersteigt, genügen folgende Angaben:

- Ausstellungsdatum,
- Name und Anschrift des liefernden/leistenden Unternehmers,
- Menge und handelsübliche Bezeichnung der gelieferten Gegenstände/Art und Umfang der
- sonstigen Leistung,
- Tag der Lieferung/der sonstigen Leistung/Zeitraum, über den sich die Leistung erstreckt,
- Entgelt und der Steuerbetrag,
- Steuersatz.

Weiters ist darauf zu achten, dass Eingangsrechnungen, die Sie als Unternehmer erhalten, ebenfalls diese Rechnungsbestandteile enthalten. Nur dann berechtigen sie zu einem Vorsteuerabzug. **Fehlerhafte Rechnungen** bzw. Rechnungen, die den USt-Vorschriften nicht entsprechen, müssen vom Lieferanten **korrigiert** werden.

Rechnung

Kundennummer: **999999**
Belegnummer: **1234/2023**
Ihre UID-Nummer: **ATU 987654321**

Belegdatum: 09.07.2023
Fälligkeit: prompt

Lieferdatum 06.07.2023

Zahlungsart: Einziehung

Tel: +43 (0) 123456789
Fax: +43 (0) 12345678900
E-mail: info@musterleistung.at

Max Muster GmbH
Hauptstrasse 21/14
2020 Hollabrunn

Vertragspartner:

Max Muster GmbH
Hauptstrasse 21/14
2020 Hollabrunn

	Menge	Betrag in € exkl. USt.	USt.	Betrag USt.	Betrag in € inkl. USt.
Produkt1	1	17,99	20%	3,60	21,59
Produkt2	1	10,00	20%	2,00	12,00
Summen		**27,99**		**5,60**	**33,59**

Unsere Kontodaten: IBAN: AT512976583000156823, BIC: AUAGTWXX

Bei Bankeinzug bitte nicht einzahlen.
Einwände gegen diese Rechnung sind bis spätestens 4 Wochen nach Rechnungserhalt schriftlich möglich, ansonsten gilt sie als anerkannt.
Zahlung: Prompt bei Erhalt der Rechnung, 12% p. a. Verzugszinsen.

Bei Fragen zu dieser Rechnung stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung: Mo-Fr, 08-17 Uhr

Dienstleistung Muster GmbH
Rathausplatz 5, 2000 Stockerau

FN 123123a, Landesgericht Korneuburg,
Firmensitz: Stockerau
UID-NR. ATU12345678

DVR-Nr: 12346567

4 Fokus Arbeitnehmer

4.1 Mit dem Reparaturbonus Geld sparen

Angesichts begrenzter Ressourcen und aktuell auch vor dem Hintergrund **gestörter Lieferketten** und **hoher Inflation** erfreut sich der **Reparaturbonus** großer Beliebtheit. Im Rahmen seiner Umweltfördermaßnahmen unterstützt der Bund die **Reparatur von elektrischen und elektronisch betriebenen Geräten**, die üblicherweise in **Privathaushalten** verwendet werden. Der Reparaturbonus steht **Privatpersonen mit Wohnsitz in Österreich** zu und beträgt **bis zu 50 % der Reparaturkosten** (maximal jedoch **200 €**) für Elektro- und Elektronikgeräte. Die Reparaturkosten umfassen dabei auch die in Rechnung gestellte Mehrwertsteuer (es wird also der **Bruttobetrag** als Basis für die 50-prozentige Förderhöhe herangezogen). Auch **Kostenvoranschläge für die Reparatur** werden mit **maximal 30 € gefördert**. Wird danach auch die Reparatur durchgeführt, wird diese mit maximal 170 € gefördert, sodass die **Förderung** für Kostenvoranschlag und Reparatur **insgesamt** mit **200 € gedeckelt** ist. Die **Förderung** wird direkt bei Bezahlung der Rechnung unter **Vorlage** eines **Bons** für eine Reparatur und/oder für einen Kostenvoranschlag **abgezogen**.

Was wird also alles gefördert? Klassische Anwendungsfälle sind **Reparaturen folgender Geräte**: Kaffeemaschine, Wasserkocher, Waschmaschine, Leuchte, Haarföhn, Fernsehgerät, Smartphone, Notebook, E-Bike, Bohrmaschine oder Hochdruckreiniger. Auch **Reparaturen nicht elektronischer Bauteile** von Elektro- und Elektronikgeräten fallen unter den **Reparaturbonus**. Ein dazu angeführtes Beispiel ist die Reparatur eines defekten Rads eines Staubsaugers. Einen guten Überblick über die geförderten Anwendungsfälle gibt auch die im Internet unter www.reparaturbonus.at/fileadmin/user_upload/media/reparaturbonus_geraeteliste.pdf abrufbare **Geräteliste**.

Die Liste der **nicht förderfähigen Geräte** ist verhältnismäßig kurz und hat wohl das **Auto** (PKW) als wichtigsten Ausschluss. Weiters von der Förderung ausgenommen sind Geräte, die zum **Betrieb nicht erneuerbarer Energiequellen benötigt** werden (z.B. Gasherd, Benzinrasenmäher), Leuchtmittel oder – nicht ganz unverständlich – auch Waffen. Eine Einschränkung besteht auch dahingehend, wenn das betroffene Gerät versichert ist und daher auch **unter Wahrung von Garantie und Gewährleistungsansprüchen kostenfrei repariert** werden kann. Auch hier kann der Bonus nicht geltend gemacht werden. **Generell ausgeschlossen** von der Förderung ist der **Neukauf eines Geräts** oder

der **Austausch gegen** ein **neues** bzw. ein anderes generalüberholtes **Gerät**.
Der **Reparaturbon** kann **online** unter www.reparaturbonus.at **beantragt** werden. Dazu sind nur einige wenige Daten (Vor- und Nachname, Geburtsdatum, Adresse, E-Mail, Telefonnummer) erforderlich. Der Bon kann dann **binnen drei Wochen digital oder ausgedruckt** bei einem **Partnerbetrieb eingelöst** werden. Sie sollten daher vor Beauftragung der Reparatur auf der Homepage des Reparaturbonus nachschauen, ob der von Ihnen ausgesuchte Handwerker ein Partnerbetrieb ist. **Bons** können nach erfolgter Einlösung oder bei Nichteinlösen des Bons nach drei Wochen auch **mehrmals** (d.h. für verschiedene Gerätereparaturen) **beantragt** werden, so lange wie Budgetmittel verfügbar sind. Für den **Förderzeitraum bis 31. Dezember 2023** stehen insgesamt **Fördermittel** von **60 Mio. €** zur Verfügung.

4.2 Zeitmanagement im beruflichen Alltag - die „Pomodoro-Technik“

Die **Pomodoro-Technik** ist eine beliebte **Zeitmanagementmethode**, bei der Aufgabenbereiche in **25-minütige Sitzungen** unterteilt werden und dazwischen kurze Pausen eingehalten werden sollen, um die **Konzentration** zu steigern. Diese Zeitmanagementmethode wurde von Francesco Cirillo entwickelt, als dieser an der Universität studierte – die Idee kam ihm durch die Frustration über seine eigene **geringe Produktivität** und das unstrukturierte Lernen während seines Studiums. Auf seinem Küchentisch stand eine Küchenuhr in Form einer Tomate (italienisch: Pomodoro). Er stellte sie auf ein **25-minütiges Zeitintervall** und lernte ohne Unterbrechung, bis die Uhr läutete. Nach einer kurzen **Pause** von drei bis fünf Minuten wiederholte er seine Lerneinheiten. Schnell stellten sich nach dieser Methode **Produktivitätssteigerungen** beim Lernen ein.
Doch wie lässt sich die Pomodoro-Technik auf den **Bürojob** umlegen? Hier gibt es **ständig Unterbrechungen** in Form von Anrufen, Emails, Anfragen von Kollegen und sonstige Ablenkungen. **Komplexe Aufgabenstellungen** lassen sich zudem wohl kaum in 25 Minuten erledigen. Eine **strukturierte Planung** und eine durchdachte Aufteilung der Aufgaben in kleinere Tätigkeitsbereiche können hier hilfreich sein. Hierzu sind **folgende Schritte** anzuwenden.

In der **Planungsphase** sollte eine **strukturierte Aufgabenliste** erstellt werden. Die wichtigsten Aufgabenbereiche sollten zuerst notiert werden. In einem zweiten Schritt können die Tätigkeiten **nach Dringlichkeit** sortiert werden. Sollten für ein Projekt oder eine Aufgabe voraussichtlich mehr als fünf Arbeitseinheiten benötigt werden, sollten die Aufgabenbereiche in weitere Untereinheiten aufgeteilt werden. **Kürzere Tätigkeiten** wie z.B. Emails beantworten oder Termine koordinieren, können in einer Einheit zusammengefasst werden, da diese sonst zu Ablenkungen in anderen Arbeitseinheiten führen. Es ist hierbei wichtig, eine bewusste Entscheidung zu treffen, welche Aufgaben zuerst gemacht werden, da so die eigene Motivationsfähigkeit gesteigert werden kann. Dies gilt vor allem für **Pflichtaufgaben**, die man gerne vor sich herschiebt.

Vor Arbeitsbeginn sollte eine **Uhr** (bzw. eine entsprechende App) auf ein **25-minütiges Zeitintervall (Pomodoro-Einheit)** gestellt werden. Eine **durchgängige Konzentration** auf die zu erledigende Aufgabe ist **wichtig**, ohne sich von den anderen, noch nicht erledigten, Angelegenheiten ablenken zu lassen. Bei 25-minütiger konzentrierter Arbeit ohne Ablenkung kann die **Konzentration optimal** auf die **Aufgabe** gerichtet werden. Hierbei spielt es keine Rolle, ob die Arbeit in der vorgegebenen Zeit

erledigt werden kann, sofern eine **Einheit ohne Ablenkung absolviert** wird. Wenn Ihnen während der Arbeit auf einmal andere wichtige Aufgabenbereiche einfallen, schreiben Sie diese auf Ihre **Aufgabenliste** und entscheiden Sie nach der nächsten Pause, ob eine neue Prioritätensetzung notwendig ist. Eine **Pomodoro-Einheit ist nicht teilbar**, somit beginnt die Zeit immer neu zu ticken, wenn eine Einheit unterbrochen wurde. Am Ende des Intervalls sollte der Arbeitsablauf schriftlich festgehalten werden. **Notieren** Sie sich **Ablenkungen**, Störungen etc., um diese in der nächsten Planungsphase zu berücksichtigen. Es sollte niemals über das vorgegebene Zeitintervall hinaus gearbeitet werden, da sonst die Konzentrationsfähigkeit für die nächsten Einheiten leidet. Auch ein **Wechsel der Tätigkeit** innerhalb einer Pomodoro-Einheit ist **nicht vorgesehen** und zählt am Ende nicht als abgeschlossene Einheit. Selbst wenn man innerhalb einer Einheit schneller als gedacht fertig ist, sollte kein Tätigkeitswechsel vorgenommen werden, sondern versucht werden, das bestehende **Ergebnis** der Arbeit **zu verbessern**.

Nach jeder Pomodoro-Einheit sollte eine **fünfminütige Denkpause** eingeplant werden. Es ist hierbei wichtig, sich in den Pausen **geistig nicht zu belasten**. Der Kopf braucht Zeit und Ruhe, um für die nächste Aufgabe bereit zu sein. Folgende **Pausenfüller** können als Anhaltspunkt dienen: Essen, Trinken, Musik hören, Bewegung machen, leichtes Stretching etc. Nach der Pause sollten Sie sich entscheiden, ob Sie mit derselben Arbeit fortfahren oder zu einer anderen Tätigkeit wechseln.

Zusätzlich zu den kurzen Pausen sollte **nach vier Pomodoro-Einheiten eine größere Unterbrechung** eingeplant werden. In der Pause kann man seinen Schreibtisch aufräumen, an die frische Luft gehen oder **Emails beantworten**. Bei der Beantwortung von Emails sollte jedoch darauf geachtet werden, dass nur Emails beantwortet werden, die nicht so komplex zu bearbeiten sind, dass sie in einer eigenen Pomodoro-Einheit abgearbeitet werden sollten. Oftmals ist es hilfreich, sich in der Pause zu Bewusstsein zu bringen, **was man** in der letzten Einheit **erreicht** hat.

Am Ende des Tages muss **analysiert** und bewertet werden, **wie viele Arbeitseinheiten ohne Ablenkung** erfolgreich abgeschlossen werden konnten (**Protokoll**). Anhand der Analyse der Ablenkungen eines Tages können diese wiederum in der **Planungsphase** in den nächsten Arbeitstag so integriert werden, dass ein **fokussiertes Arbeiten möglich** ist. Diese **Rückschau** dient dazu, die persönliche Arbeitsweise den Gegebenheiten anzupassen, um die **eigene Leistung zu verbessern**. Die Unterbrechungen und Belohnungen zwischen den Arbeitsperioden verschaffen die Motivation, den Tag über ein **angemessenes Arbeitstempo** einzuhalten und dies auch langfristig durchzuhalten.

4.3 Außergewöhnliche Belastung kann nicht auf zwei Jahre verteilt werden

Die steuerliche Geltendmachung von Ausgaben als **außergewöhnliche Belastung** setzt voraus, dass die **Belastung außergewöhnlich** ist, **zwangsläufig** erwächst und die **wirtschaftliche Leistungsfähigkeit** wesentlich **beeinträchtigt**. Überdies darf die Belastung **nicht** bereits Betriebsausgabe, Werbungskosten oder Sonderausgabe sein. Das **BFG** hatte sich (GZ RV/5100882/2021 vom 18. Mai 2022) mit einer Konstellation auseinanderzusetzen, in der die **Kosten** für den **Einbau eines Pool-Lifters als außergewöhnliche Belastung** geltend gemacht werden sollten. Bei dem Steuerpflichtigen liegt aufgrund von **Behinderung** eine 100 % Erwerbsminderung vor und es ist die Unzumutbarkeit der

Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel gegeben. Überdies bescheinigte ein ärztliches Attest die **medizinische Notwendigkeit** des Pool-Lifters. Im Falle einer Behinderung fällt bei außergewöhnlichen Belastungen die Berücksichtigung des Selbstbehalts weg – wichtig ist allerdings, dass die entsprechenden **Kosten** die Summe **pflegebedingter Geldleistungen** wie z.B. Pflegegeld **übersteigen**.

Im vorliegenden Fall ist auffällig, dass der Steuerpflichtige die **Kosten** für den Pool-Lifter **auf zwei Jahre verteilen** (abschreiben) **wollte**. Im ersten Jahr würde der Ansatz der teilweisen, wie auch der vollen Kosten für den Pool-Lifter die **Steuergutschrift nicht erhöhen** – anders jedoch im zweiten Jahr. Das BFG fokussierte sich im Rahmen der Entscheidungsfindung auf die Frage, ob die gewünschte **Aufteilung der Aufwendungen auf zwei Jahre gerechtfertigt** ist. Das Kriterium der **Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit i**st dabei entscheidend. Da wirtschaftlich gesehen die **Gesamtkosten** für die Anschaffung des Pool-Lifters **bereits im ersten Jahr getragen** worden waren, kann durch diese Anschaffung im **Folgejahr keine weitere Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit** mehr gegeben sein. Eine Abschreibung bzw. **Verteilung** von Anschaffungskosten im Zusammenhang mit einer **außergewöhnlichen Belastung** ist dem BFG folgend **nicht möglich** – maßgeblich ist der Zeitpunkt des Abflusses.

5 Fokus Immobilien

5.1 Erhöhung der Kategorie-Mietzinse und der Richtwertmieten

Bedingt durch die **hohe Inflation** ist es mit **1. Juni** bereits zum **zweiten Mal** im Jahr 2022 zu einer **Anhebung** der **Kategorie-Mietzinse** gekommen. Der Kategorie-Mietzins ist die **Basismiete** für Mietverträge, welche zwischen 1.1.1982 und 28.2.1994 abgeschlossen wurden. Bedeutsamer Parameter für die Erhöhung der Kategorie-Mietzinse ist der **5 % - Schwellenwert**, d.h. wenn der **Verbraucherpreisindex** (VPI) **um 5 %** seit der letzten Anhebung **gestiegen** ist, kommt es zu einer Anhebung der Kategorie-Mietzinse.

Die erhöhten Werte können bei **Neuverträgen** seit Juni 2022 vereinbart werden und sind nachfolgend dargestellt. **Bestehende Mietzinse** können frühestens mit **Juli 2022** valorisiert werden.

Kategorie	neuer Tarif je m2 Nutzfläche (€)	bisher je m2 Nutzfläche (€)
A	4,01	3,8
B	3,01	2,85
C	2,00	1,90
D brauchbar	2,00	1,90
D	1,00	0,95

Die **Richtwertmiete** bestimmt jenen Betrag, der bei einem bestimmten Wohnungssegment **maximal** pro Quadratmeter **verlangt** werden darf. Betroffen sind **Mietverträge für Altbauwohnungen**

unter 130 m2, welche **ab 1. März 1994** abgeschlossen wurden und die dem **Mietrechtsgesetz** (MRG) unterliegen. Die **Richtwertmieten** müssen per Gesetz bei einer Inflation von über 3 % alle zwei Jahre **automatisch** entsprechend **angepasst** werden – mitunter aufgrund der mit der oftmals schwierigen Erhaltung der Altbauten zusammenhängenden steigenden Kosten. Dieser Zeitplan ist **durch** die **COVID-19-Pandemie** etwas **verschoben** worden, da die **Erhöhung** der Richtwertmieten im Jahr **2021 pandemiebedingt eingefroren** wurde. Es ist damals jedoch explizit festgeschrieben worden, dass die **Erhöhung im April 2022 nachgeholt** werden soll. Ebenso soll es im **April 2023** zu einer **Anpassung** gem. Richtwertgesetz kommen und danach wieder im Jahr 2025.

Bei laufenden Verträgen können die **Mieten erhöht** werden, wenn in den Verträgen eine **Wertsicherungsklausel** enthalten ist, ansonsten gilt dies nur **für Neuvermietungen**. Wenn alle Formerfordernisse erfüllt sind, können die Mieten bei Vorliegen einer Wertsicherungsklausel seit **Mai 2022 angehoben** werden. Für vor 1994 abgeschlossene Verträge sind die **Kategoriemieten** relevant.

Die maßgebenden Werte pro Bundesland sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt (in € pro m2 Nutzfläche und Monat).

Bundesland	Seit 1.4.2022	1.4.2019 bis 31.3.2022
Burgenland	5,61	5,30
Kärnten	7,20	6,80
Niederösterreich	6,31	5,96
Oberösterreich	6,66	6,29
Salzburg	8,50	8,03
Steiermark	8,49	8,02
Tirol	7,50	7,09
Vorarlberg	9,44	8,92
Wien	6,15	5,81

Diese Richtwerte berücksichtigen keine Zu- bzw. Abschläge für Lage und Ausstattung, keine Steuern, Betriebskosten und laufende Inflationsanpassung.

5.2 Aktuelle Judikatur zum Nachweis von Teilwertabschreibungen bei Immobilien

Die **steuerliche Zulässigkeit** einer **außerplanmäßigen Abschreibung** (**Teilwertabschreibung**) ist bei **Betriebsprüfungen** oftmals ein großer **Diskussionspunkt**. Vor allem wenn es um **langfristige Vermögenswerte** wie Beteiligungen, Grundstücke oder Maschinen geht, steigen die Chancen, wenn ein **Bewertungsgutachten** vorgelegt werden kann. Etwas überraschend war da zunächst eine **BFG-Entscheidung** (GZ RV/5101409/2019 vom 26.8.2020), die bei zwei **neu errichteten Wohnungen** eine **Teilwertabschreibung ohne** Vorlage eines **Gutachtens** mit der Begründung **zugelassen** hat, dass die eigentlich mit **sofortiger Verkaufsabsicht** errichteten Wohnungen sich aufgrund des schlechten Lichteinfalls, der Lärmbelästigung der Straße und des Rauchfangs des Nachbarn nicht verkaufen ließen und daher wohl **wertgemindert** sind. Weitere fundierte Nachweise wurden nicht beigebracht.

Die dagegen eingebrachte **Amtsbeschwerde** war **erfolgreich**. Der **VwGH** (GZ Ra 2020/15/0118 vom 3.2.2022) hat die Entscheidung des BFG aufgehoben und klargestellt, dass derjenige, der eine **Abschreibung auf den niedrigeren Teilwert** durchführen will, die **Entwertung** des **Wirtschaftsgutes** nachzuweisen oder zumindest **glaubhaft zu machen** hat. Zusätzlich gilt nach Ansicht des VwGH, dass je **kürzer der Zeitraum** zwischen Anschaffungs- bzw. Herstellungszeitpunkt und Zeitpunkt der Geltendmachung der Abschreibung ist, umso **höher** sind die **Anforderungen** an den zu erbringenden **Nachweis**.

Das Verfahren ging also wieder zum **BFG** zurück. Das **Bundesfinanzgericht folgt** der **Ansicht des VwGH** und hält im fortgesetzten Verfahren fest (BFG vom 22.3.2022, GZ RV/5100163/2022), dass nur ein **ausführlicher Nachweis** – wie insbesondere ein **Sachverständigengutachten** – die **Anforderungen** für die **Anerkennung einer Teilwertabschreibung erfüllt**. Ein solches Gutachten muss erkennen lassen, **aus welchen Gründen sich die Abschreibung ergibt** und insbesondere auch auf die **Wertermittlung** des **Teilwertes eingehen**. Im Ergebnis wird die bisher schon **restriktive Linie der Finanzverwaltung** durch die jüngste **Judikatur gestärkt**. Es ist daher anzuraten, **Teilwertabschreibungen** durch entsprechende **Gutachten** bzw. aussagekräftige Nachweise zu **untermauern**, um die steuerliche Abzugsfähigkeit auch im Rahmen von Betriebsprüfungen durchzubringen.

5.3 Zahlungen in den Reparaturfonds bei Vermietung nicht sofort abzugsfähig

Fragen der **Abzugsfähigkeit** von **Kosten** im Zusammenhang mit **Erhaltungs- oder Herstellungsaufwand** sind regelmäßig Gegenstand höchstgerichtlicher Entscheidungen. Der **VwGH** (GZ Ro 2021/13/0014 vom 2.5.2022) hatte sich damit befasst, ob **Zahlungen eines Wohnungseigentümers** in den **Reparaturfonds** bereits **zum Zeitpunkt des Abflusses als Werbungskosten** geltend gemacht werden können.

Nach § 31 Abs. 1 Wohnungseigentumsgesetz haben die **Wohnungseigentümer** eine angemessene Rücklage (**Reparaturfonds**) zur Vorsorge für künftige Aufwendungen **zu bilden**. Durch die in der Regel laufende Einhebung von Beiträgen soll ein **Haftungsfonds oder eine Liquiditätsreserve** geschaffen werden, um nicht nur alltägliche Auslagen, sondern auch **größere Erhaltungs-, Investitions- und Verbesserungsarbeiten** finanzieren zu können. Die Rücklage, die ein **Vermögen der Eigentümergemeinschaft** darstellt, ist dabei **für alle Arten von Liegenschaftsaufwendungen** verwendbar. Da der einzelne Wohnungseigentümer eine Rückzahlung nicht verlangen kann, argumentierte der Steuerpflichtige mit einem entsprechenden Vermögensabfluss für die Anerkennung als Werbungskosten. **Seitens des VwGH** wurde **dieser Ansicht** jedoch **nicht gefolgt**. Voraussetzung für den **Werbungskostencharakter** ist, dass im **Zeitpunkt** der Leistung der **Zahlung** ernstlich damit **gerechnet werden muss**, dass der die **Werbungskosteneigenschaft** begründende Zusammenhang gegeben ist. Es muss damit der **Zusammenhang mit Instandhaltungsaufwand** und nicht mit zu aktivierendem Herstellungsaufwand gegeben sein. Da die Rücklage vom Verwalter für alle Arten von Liegenschaftsaufwendungen verwendet werden kann, steht bei der **Dotierung der Rücklage** durch den Wohnungseigentümer **noch nicht fest**, ob dieser Zahlung **Werbungskostencharakter** zukommt. Es kann schließlich noch nicht beurteilt werden, ob damit künftig **aktivierungspflichtige** (z.B. Herstellung oder Instandsetzung) **oder sofort abzugsfähige Ausgaben** (Instandhaltung) **getä-**

tigt werden. Erst wenn sofort abzugsfähige Kosten aus der Rücklage bezahlt werden, ist eine **steuerliche Geltendmachung** daher **möglich**.

5.4 Der Mittelpunkt der Lebensinteressen ist auch für die Hauptwohnsitzbefreiung maßgebend

Die **Veräußerung** von (bebauten) **Grundstücken** im privaten Bereich löst regelmäßig **Immobilienertragsteuer** aus. Die Veräußerung von (privaten) Eigenheimen oder Eigentumswohnungen **samt Grund und Boden** ist jedoch dann **steuerfrei**, wenn die Voraussetzungen für die sogenannte **Hauptwohnsitzbefreiung** erfüllt sind. Durch die Hauptwohnsitzbefreiung soll der Veräußerungserlös **ungeschmälert** zur Schaffung eines neuen Hauptwohnsitzes zur Verfügung stehen. Dies ist der Fall, wenn das Eigenheim dem Veräußerer **ab** der **Anschaffung** oder Herstellung (Fertigstellung) **bis** zur **Veräußerung** für **mindestens zwei Jahre durchgehend als Hauptwohnsitz** gedient hat und der Hauptwohnsitz aufgegeben wird. Ebenso wird von der Besteuerung abgesehen, wenn Eigenheim bzw. Eigentumswohnung dem Veräußerer **innerhalb der letzten zehn Jahre** vor der Veräußerung **mindestens fünf Jahre durchgehend als Hauptwohnsitz** gedient haben und der Hauptwohnsitz aufgegeben wird.

Das **BFG** hatte sich (GZ RV/7101281/2017 vom 28.9.2021) mit einem Fall zu beschäftigen, in dem für den **Verkauf** der **Eigentumswohnung rund 10 Jahre nach der Anschaffung** die **Hauptwohnsitzbefreiung** geltend gemacht werden sollte, wobei zusätzlich zu dieser Wohnung regelmäßig eine **kleinere Mietwohnung genutzt** wurde, um die **Arbeitswege** der beiden berufstätigen Eltern und die **Schulwege** der beiden Kinder möglichst in Einklang bringen zu können. In der Eigentumswohnung habe sich das Familienleben **während der Wochenenden** ab Freitagnachmittag, der schulfreien Zeit, den Feiertagen und Fenstertagen usw. abgespielt. Bedeutsam ist überdies, dass die **Familie** in der **kleineren Mietwohnung hauptgemeldet** gewesen war und somit bei rein wörtlicher Auslegung der Bestimmung die Hauptwohnsitzbefreiung für die Eigentumswohnung **nicht** angewendet werden kann.

Das BFG setzte sich im Rahmen der Entscheidungsfindung auch mit der Bedeutung des **Begriffs Hauptwohnsitz** auseinander – ein solcher liegt dann vor, wenn jemand eine **Wohnung innehat** unter Umständen, die darauf schließen lassen, dass er die **Wohnung beibehalten und benutzen wird**. Für die Bestimmung des Hauptwohnsitzes kommt der **Hauptwohnsitzmeldung keine materiell-rechtliche Bedeutung** zu, wobei in Zweifelsfällen die polizeiliche An- und Abmeldung als **Indiz** gesehen werden kann. **Entscheidend** ist dem BFG folgend viel mehr der **Mittelpunkt der Lebensinteressen**. Im vorliegenden Fall mit **mehreren Wohnsitzen innerhalb Österreichs** ist für die Bestimmung des Mittelpunkts der Lebensinteressen entscheidend, zu welchem Wohnsitz die **engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen** bestehen.

Während das **Innehaben** des Wohnsitzes unstrittig erfüllt ist, ist eine u**nunterbrochene tatsächliche Benützung der Wohnung** für die Annahme eines Wohnsitzes (i.S.d. BAO) **nicht erforderlich**. Der VwGH-Rechtsprechung folgend lässt bereits eine **mehrwöchige jährliche Nutzung** den Schluss zu, dass die Wohnung auch tatsächlich weiterhin behalten und genutzt werden soll. Bei der **Bestimmung des Mittelpunkts der Lebensinteressen** ist auf das **Gesamtbild der persönlichen und wirtschaft-**

lichen Verhältnisse abzustellen, wobei in der Regel die **persönlichen Beziehungen bedeutsamer** als die wirtschaftlichen Beziehungen sind. Wichtig sind insbesondere **familiäre Bindungen**, Betätigungen gesellschaftlicher, religiöser und kultureller Art und andere Aktivitäten zur Entfaltung **persönlicher Interessen** und Neigungen.

Im konkreten Fall erachtet das BFG es als plausibel, dass die **zwischenzeitliche melderechtliche Hauptwohnsitzbegründung** in der kleineren Mietwohnung lediglich deshalb erfolgt ist, um **Betreuungs- bzw. Ausbildungsplätze** für die beiden **Kinder** erhalten zu können. Nachvollziehbar ist auch, dass die deutlich kleinere Wohnung gerade für den Aufenthalt unter der Woche (während der Schulzeit) in den Abend- und Nachstunden genutzt wurde – überdies war diese Wohnung durch die kürzeren Arbeitswege attraktiv. Interessant ist hierbei auch eine Parallele zur steuerlichen Geltendmachung der **Kosten für doppelte Haushaltsführung**. Eine bloße Nutzung als **arbeitsplatznahe Wohnung** im Rahmen der doppelten Haushaltsführung begründet demnach **keinen Hauptwohnsitz**, da dieser grundsätzlich am Familienwohnsitz anzunehmen ist. Überdies wurde von Nachbarn und Schwiegereltern glaubhaft bestätigt, dass die Familienfeiern und auch Treffen mit Freunden ausschließlich in der Eigentumswohnung stattgefunden haben. Die engeren persönlichen Beziehungen zu den Großeltern (und die räumliche Nähe zu ihnen in der größeren Wohnung) zeigt sich auch darin, dass die **Kinderbetreuung** im **Krankheitsfalle** durch die Großeltern ausschließlich und von Anbeginn an in der **Eigentumswohnung** erfolgte.

Insgesamt sind die **Voraussetzungen** für die Geltendmachung der **Hauptwohnsitzbefreiung erfüllt**, sodass für den Verkauf der Eigentumswohnung, welche immer den Mittelpunkt der Lebensinteressen gebildet hat, **keine Immobilienertragsteuer** anfällt.

6 Sozialversicherungswerte, Größenklassen und Zinssätze

6.1 Sozialversicherungswerte 2023

Unter Berücksichtigung der Aufwertungszahl von **1,031** betragen die Sozialversicherungswerte für 2023 **voraussichtlich** (in €):

	2023	2022
Geringfügigkeitsgrenze monatlich	500,91	485,85
Grenzwert für pauschalierte Dienstgeberabgabe monatlich	751,37	728,77
Höchstbeitragsgrundlage täglich	195,00	189,00
Höchstbeitragsgrundlage monatlich (laufender Bezug)	5.850,00	5.670,00
Höchstbeitragsgrundlage jährlich für Sonderzahlungen (echte und freie Dienstnehmer)	11.700,00	11.340,00
Höchstbeitragsgrundlage monatlich für freie Dienstnehmer (ohne Sonderzahlungen)	6.825,00	6.615,00

Die **Veröffentlichung** im Bundesgesetzblatt bleibt abzuwarten.

6.2 Größenklassen für Kapitalgesellschaften

Zuletzt mit dem **Rechnungslegungsänderungsgesetz 2014** wurden die Größenklassen für Kapitalgesellschaften geändert und mit den **Kleinstkapitalgesellschaften** (Micros) eine neue Größenklasse eingeführt. Die **Schwellenwerte** für die Einordnung in die verschiedenen Größenklassen sind wie folgt.

Kapitalgesellschaft	Bilanzsumme (€)	Umsatzerlöse (€)	Arbeitnehmer
Micros	350.000	700.000	10
Klein	bis 5.000.000	bis 10.000.000	bis 50
Mittelgroß	bis 20.000.000	bis 40.000.000	bis 250
Groß	> 20.000.000	> 40.000.000	> 250

Entscheidend für die Zuordnung zu einer Größenklasse ist, dass **zwei der drei Merkmale** an den Abschlussstichtagen von zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren überschritten bzw. nicht mehr überschritten wurden.

Zu beachten ist, dass Aktiengesellschaften, die Mutterunternehmen sind („**Holding-AGs**") die Schwellenwerte für den Einzelabschluss seit dem Jahr 2016 auf Basis von **konsolidierten oder aggregierten Werten** zu berechnen haben. Bei Um- und Neugründungen treten die Rechtsfolgen der Größenklasse bereits am ersten Abschlussstichtag nach der Um- oder Neugründung ein.

6.3 Aktueller Basis-, Stundungs-, Aussetzungs-, Anspruchs-, Beschwerde- und Umsatzsteuerzinssatz

© Monster Ztudio - Adobe Stock

Durch die jüngst von der EZB beschlossene, erneute **Erhöhung des Leitzinssatzes** um **0,75 Prozentpunkte** ergeben sich Anpassungen beim **Basiszinssatz** (nunmehr **1,38 %**), welcher wiederum als mehrfacher Referenzzinssatz dient.

Die entsprechenden **Jahreszinssätze** sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt. Sofern die genannten Zinsen einen Betrag von **50 €** nicht erreichen, werden sie **nicht** festgesetzt.

	Seit 2.11.2022	Bis 1.11.2022
Stundungszinsen	3,38 %	2,63 %
Aussetzungszinsen	3,38 %	2,63 %
Anspruchszinsen	3,38 %	2,63 %
Beschwerdezinsen	3,38 %	2,63 %
Umsatzsteuerzinsen	3,38 %	2,63 %

7 Steuertermine 2023

Jänner	Fälligkeiten	**16.1.**	USt für November 2022 Lohnabgaben (L, DB, DZ, ÖGK, Stadtkasse/Gemeinde) für Dezember 2022
	Fristen und Sonstiges	**Ab 1.1.**	Monatliche Abgabe der Zusammenfassenden Meldung, ausgenommen bei vierteljährlicher Meldepflicht
		Bis 16.1.	Entrichtung der Dienstgeberabgabe 2022 für geringfügig Beschäftigte
Februar	Fälligkeiten	**15.2.**	USt für Dezember 2022 bzw. 4. Quartal Lohnabgaben für Jänner ESt-Vorauszahlung 1. Viertel KöSt-Vorauszahlung 1. Viertel
		28.2.	Pflichtversicherung SVS
	Fristen und Sonstiges	**Bis 1.2.**	Meldepflicht für bestimmte Honorarzahlungen 2022 (E18) in Papierform
		Bis 15.2.	Nachverrechnung und Abfuhr der Lohnsteuer im Rahmen des 13. Lohnabrechnungslaufs zwecks steuerlicher Zurechnung zum Jahr 2022.
			Erstellung und Überprüfung des Jahresbelegs für das Jahr 2022 (pro Registrierkasse)
		28.2.	Jahreslohnzettelübermittlung per ELDA
		28.2.	Meldung der Aufzeichnung betreffend Schwerarbeitszeiten
		28.2.	Meldepflicht von Zahlungen gem. § 109a und b EStG aus dem Vorjahr (elektronische Datenübermittlung an das Finanzamt)
März	Fälligkeiten	**15.3.**	USt für Jänner Lohnabgaben für Februar
	Fristen und Sonstiges	**31.3.**	Kommunalsteuer- und Dienstgeberabgabeerklärung 2022 bei Stadtkasse/Gemeinde
April	Fälligkeiten	**17.4.**	USt für Februar Lohnabgaben für März
	Fristen und Sonstiges	**30.4.**	Abgabe der Steuererklärungen 2022 (Einkommen-, Umsatz-, Körperschaftsteuer) in Papierform und Feststellung der Einkünfte gemäß § 188 BAO
Mai	Fälligkeiten	**15.5.**	USt für März bzw. 1. Quartal Lohnabgaben für April ESt-Vorauszahlung 2. Viertel KöSt-Vorauszahlung 2. Viertel
		31.5.	Pflichtversicherung SVS
Juni	Fälligkeiten	**15.6.**	USt für April Lohnabgaben für Mai
	Fristen und Sonstiges	**30.6.**	Einreichungspflicht der Steuererklärungen 2022 (Einkommen-, Umsatz-, Körperschaftsteuer) über FinanzOnline
		30.6.	Fallfrist für Antrag auf Rückholung ausländischer MwSt 2022 aus Nicht-EU-Ländern

Juli	Fälligkeiten	**17.7.**	USt für Mai Lohnabgaben für Juni
August	Fälligkeiten	**16.8.**	USt für Juni bzw. 2. Quartal Lohnabgaben für Juli ESt-Vorauszahlung 3. Viertel KöSt-Vorauszahlung 3. Viertel
		31.8.	Pflichtversicherung SVS
September	Fälligkeiten	**15.9.**	USt für Juli Lohnabgaben für August
	Fristen und Sonstiges	**Bis 30.9.**	Erklärung Arbeitnehmerpflichtveranlagung 2022 L 1 in Papierform oder FinanzOnline bei zumindest zeitweise gleichzeitigem Erhalt von zwei oder mehreren lohnsteuerpflichtigen Bezügen, sonst ist der Termin der 30.6. (via FinanzOnline)
		Bis 30.9.	Verpflichtung zur Einreichung des Jahresabschlusses zum 31.12.2022 für (verdeckte) Kapitalgesellschaften
		Bis 30.9.	Fallfrist für Antrag auf Erstattung ausländischer MwSt (EU) für das Steuerjahr 2022
		Bis 30.9.	Herabsetzungsanträge für die Vorauszahlungen 2022 für Einkommen- und Körperschaftsteuer
Oktober	Fälligkeiten	**16.10.**	USt für August Lohnabgaben für September
	Fristen und Sonstiges	**Ab 1.10.**	Beginn der Anspruchsverzinsung für Nachzahlung ESt/KSt 2022
		Bis 31.10.	Antrag auf Ausstellung eines Freibetragsbescheides
November	Fälligkeiten	**15.11.**	USt für September bzw. 3. Quartal Lohnabgaben für Oktober ESt-Vorauszahlung 4. Viertel KöSt-Vorauszahlung 4. Viertel
		30.11.	Pflichtversicherung SVS
Dezember	Fälligkeiten	**15.12.**	USt für Oktober Lohnabgaben für November
	Fristen und Sonstiges	**Bis 31.12**	Schriftliche Meldung an ÖGK für Wechsel der Zahlungsweise (zwischen monatlich und jährlich) der MVK- Beiträge für geringfügig Beschäftigte
		Bis 31.12.	Die Frist für die Arbeitnehmerveranlagung 2018 bzw. für den Antrag auf die Rückzahlung von zu Unrecht einbehaltener Lohnsteuer läuft ab
		31.12.	Mitteilungspflicht für Country-by-Country Reporting (Formular oder FinanzOnline) bei Regelwirtschaftsjahr der obersten Muttergesellschaft

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Klier, Krenn & Partner – Klienten-Info GmbH, Redaktion: 1190 Wien, Döblinger Hauptstraße 56/4, Richtung: unpolitische, unabhängige Jahresschrift, die sich mit dem Wirtschafts- und Steuerrecht beschäftigt und speziell für Klienten von Steuerberatungskanzleien bestimmt ist. Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt und ohne Gewähr.
© www.klienten-info.at

RKP. inno invest

RKP InnoInvest GmbH
+43 3332 6005 100

Investitionskapital und die passenden strategischen Serviceleistungen unterstützen fortschrittliche und dynamische Startups, sowie Unternehmen auf ihrem Erfolgsweg.

UNSER KONZEPT: CASH & SWEAT

Gebündeltes Know-how und jahrelange Erfahrung unter einem Dach – Mit den bestehenden und etablierten Gesellschaften der RKP Gruppe bündeln wir neben Cash Investitionen die Kompetenzen der Unternehmens- & Steuerberatung, der Marketing-Agentur und der IT-Solutions. Damit ermöglichen wir Start-ups, ideenreichen Unternehmern:innen und Scale-Ups sich auf ihre innovativen Ideen zu konzentrieren und diese schneller zu verwirklichen.

UNSER FOKUS

Die Weltbevölkerung wächst und entwickelt sich stetig weiter. Die technologischen Fortschritte verändern, wie wir leben, uns fortbewegen und arbeiten. Um zukunftsfähig zu sein, müssen wir darüber nachdenken, wie wir in Zukunft leben wollen und uns dem Wandel anpassen.

- Food and Beverage / FMCG (mit Innovationscharakter)
- Health
- Digital & Technology

RKP

Immer zwei Schritte voraus.